

Existenzsicherung bei Arbeitslosigkeit

**Individuelle Strategien zur Existenzsicherung bei
Arbeitslosigkeit in Wien**

Daniel Schönherr / Evelyn Hacker / Christoph Hofinger /
Georg Michenthaler

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	4
Executive Summary	6
1 Arbeitslose in Wien	10
1.1 Soziodemografische Merkmale und Haushaltsstruktur	10
1.2 Bisherige Erwerbskarriere	13
1.2.1 Berufsstatus und Beschäftigungsverhältnisse	13
1.2.2 Häufigkeit und Dauer von Arbeitslosigkeit in den letzten 5 Jahren	15
1.3 Struktur der aktuellen Arbeitslosigkeit	18
2 Finanzielle Aspekte der Arbeitslosigkeit	23
2.1 Einkommensvergleich vor und während Arbeitslosigkeit	25
2.2 Einkommensquellen während Arbeitslosigkeit	29
2.2.1 Offizielle Einkommensquellen (AMS-Leistungen)	29
2.2.2 Offizielle Einkommensquellen (weitere Sozialleistungen)	31
2.2.3 Private Einkommensquellen	32
2.2.4 Geldausleihen	37
2.3 Finanzielle Situation in der Arbeitslosigkeit	38
3 Bewältigungsstrategien zur Existenzsicherung	41
3.1 Zahlungsverzug	41
3.2 Ausgabenreduktionen/Sparmaßnahmen	42
3.3 Deckung der Lebenskosten und Armutsgefährdung	45
4 Weitere Auswirkungen der Arbeitslosigkeit	49
4.1 Auswirkungen auf Haushaltsmitglieder und Kinder	49
4.2 Auswirkungen auf Lebensbereiche	50
4.3 Ausblick in die Zukunft	53
Literaturverzeichnis	55
Tabellenverzeichnis	57
Abbildungsverzeichnis	58

Daten zur Untersuchung

Thema:	Existenzsicherung bei Arbeitslosigkeit
AuftraggeberIn:	AK Wien
Beauftragtes Institut:	IFES - Institut für Empirische Sozialforschung GmbH; SORA Institute for Social Research and Consulting, Wien
Wissenschaftliche Leitung:	Georg Michenthaler (IFES); Daniel Schönherr (SORA)
AutorInnen:	Mag. Daniel Schönherr DI ⁱⁿ Evelyn Hacker, MSc. Mag. Christoph Hofinger Georg Michenthaler
Erhebungsgebiet:	Wien
Grundgesamtheit:	Arbeitslose bzw. Personen, die in den vergangenen 12 Monaten arbeitslos waren (AK Wien-Mitglieder)
Stichprobenumfang:	500
Art der Befragung:	Telefoninterviews (IFES)
Befragungszeitraum:	Herbst 2013
Gewichtung:	Alter, Geschlecht, Migrationshintergrund und Berufsstatus (IFES)
ISBN-Nummer:	978-3-7063-0493-1

Einleitung

Vorderstes Ziel der diesem Bericht zugrundeliegenden Studie war die Erhebung und Analyse der finanziellen Situation von Arbeitslosen in Wien und deren Strategien zur Sicherung ihrer Existenz. Angesichts steigender Arbeitslosenzahlen und einer damit einhergehenden steigenden Armutsgefährdungsquote rückt die Situation von Arbeitslosen aktuell wieder stärker in den Blickpunkt der Öffentlichkeit. Dahinter steht ein Diskurs über Arbeitslosigkeit, der oftmals geprägt ist von negativen Konnotationen und einer starken Individualisierung der sog. „Schuld“-Frage, wie der deutsche Soziologe Ulrich Beck bereits 1986 festgestellt hat:

"Einerseits trifft das Risiko, arbeitslos zu werden und zu bleiben, mit voller Härte sowieso schon benachteiligte Gruppen (erwerbstätige Mütter, Personen ohne berufliche Ausbildung, Kranke, Ältere und Ausländer sowie gering qualifizierte Jugendliche). (...) Diesen Risikofaktoren - so nachhaltig sich in ihnen auch das Merkmal sozialer Herkunft ausdrückt - entsprechen jedoch keine sozialen Lebenszusammenhänge, oft auch keine 'Kultur der Armut'. Hier trifft also mehr und mehr Arbeitslosigkeit (und in der Folge ihrer Dauer: Armut) mit klassenzusammenhangloser Individualisierung zusammen. (...) Die Kehrseite des Vorübergehenden, mit der die Arbeitslosigkeit eintritt, ist die Verwandlung von Außenursachen in Eigenschuld, von Systemproblemen in persönliches Versagen."¹

Gerade im öffentlichen Diskurs ist diese Individualisierung in Form von im- oder sogar expliziten Schuldzuschreibungen häufig zu beobachten. Neben arbeitsmarktpolitischen Kennzahlen greift die mediale Berichterstattung dabei häufig auf stereotype Bilder zurück, die Arbeitslosigkeit als individuelles Versagen und Arbeitslose in der sog. ‚sozialen Hängematte‘ zeigen. Häufig verläuft die mediale Darstellung entlang der internen Attribution, bei der arbeitslose Menschen für ihre Situation selbst verantwortlich gemacht werden. Studien belegen, dass Arbeitslosen besonders in Boulevardmedien oft Unwille zur Arbeit und das Ausnutzen des Sozialsystems vorgeworfen wird, festgemacht werden diese Vorwürfe dann an stereotypen Attributen wie „faul“, „leistungsscheu“, „Schwindler“ oder „Schmarotzer“ (vgl. etwa Baumann 2010). Diese pauschalisierenden Abwertungen werden in Folge auch von den Arbeitslosen selbst übernommen und führen so schlussendlich sowohl zu einer Selbst- als auch Fremdstigmatisierung dieser Gruppe.

Die vorliegende Studie soll dem gegenüber Einblicke liefern in die reale soziale und finanzielle Situation von Arbeitslosen und damit zu einer sachlichen Auseinandersetzung mit der Thematik beitragen. Sie zeigt, dass Arbeitslosigkeit – längerfristig oder auch nur kurzzeitig – die Betroffenen vor vielfältige Probleme stellt, die wiederum massive Auswirkungen auf ihre Lebenslage haben. Der Studie liegt eine telefonische Befragung von 500 Arbeitslosen in Wien zugrunde, in der zum einen individuelle und erwerbsbiografische Merk-

¹ Beck, U. (1986): Risikogesellschaft. Frankfurt: Suhrkamp Verlag, S.146 – 150.

male sowie die Rahmenbedingungen ihrer Arbeitslosigkeit (Kapitel 1), zum zweiten die finanzielle Situation vor und während der Arbeitslosigkeit (Kapitel 2) und zum dritten die individuellen Bewältigungsstrategien zur Existenzsicherung (Kapitel 3) sowie psychische und soziale Folgen (Kapitel 4) erhoben wurden. Damit lässt sich ein umfassendes und detailliertes Bild der Lebenslagen und Strategien arbeitslos gewordener Menschen zeichnen, das die prekäre Situation, vor der sich diese oftmals abrupt wiederfinden, aufzeigt.

Executive Summary

In Österreich waren Ende Februar 2014 rund 356.000 Menschen arbeitslos, weitere 84.000 befanden sich in Schulungen des AMS. In Wien war der Anstieg im Vergleich zum Vorjahr am größten (+13,2%), hier waren rund 106.000 Personen arbeitslos gemeldet. Arbeitslosigkeit stellt die Betroffenen vor unterschiedliche und mannigfaltige Herausforderungen. Neben persönlichen und sozialen Folgen wirkt sich Arbeitslosigkeit zunächst vor allem auf die finanzielle Situation der Einzelnen und ihres Umfelds aus. Das Ausmaß dieser ökonomisch prekären Lage wird anhand der Armutsgefährdungsquote sichtbar: Fast die Hälfte aller Arbeitslosen in Österreich gilt als armuts- oder ausgrenzungsgefährdet (Quelle: Eurostat EU-SILC). Dem steht ein öffentlicher Diskurs gegenüber, der unter Rückgriff auf stereotype Bilder Arbeitslosigkeit oftmals als eigenverschuldet, intendiert und von den Betroffenen absichtlich aufrecht erhaltenen Zustand beschreibt. Das immer wieder bemühte Bild von der „sozialen Hängematte“ steht stellvertretend für eine öffentliche Wahrnehmung von Arbeitslosen, die deren prekäre Lage zugunsten von Schuldzuschreibungen und pauschalisierenden Abwertungen entweder verkennt oder bewusst ignoriert.

Ziel der von IFES und SORA gemeinsam durchgeführten Studie war die Betrachtung der finanziellen Situation von Arbeitslosen in Wien und deren Strategien zur Sicherung ihrer Existenz. Der Studie liegt eine telefonische Befragung von 500 in den zwölf Monaten vor der Befragung von Arbeitslosigkeit betroffenen Wienern und Wienerinnen ab 16 zugrunde. Die erhobenen Daten ermöglichen nicht nur die Analyse der Struktur und Rahmenbedingungen der Arbeitslosigkeit der befragten Personen, sondern darüber hinaus die Beschreibung von ökonomischer Situation, Leistungsbezügen und Geldquellen sowie der von den Betroffenen gesetzten Maßnahmen zur Existenzsicherung.

Arbeitslosigkeit verursacht hohe Armutsgefährdung

Trotz umfassender privater Sparmaßnahmen und Strategien wie z.B. den Kauf von Billigmarken oder -produkten geben 44% der Befragten an, ihre Ausgaben mit den ihnen in der Arbeitslosigkeit zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln nicht decken zu können. Fast jede/r zweite gibt an, von den Versicherungs- und Sozialleistungen allein in der Arbeitslosigkeit nicht leben zu können. Rund ein Drittel gibt an, mit Zahlungen in Verzug gekommen zu sein, am häufigsten war das der Fall bei Miete (19%), Betriebskosten (17%) und Telefon-, Internet- oder Rundfunkrechnungen (16%). Besonders armutsgefährdet sind Langzeitarbeitslose und Personen, die auch schon vor der Arbeitslosigkeit schwer oder gar nicht von ihrem Erwerbseinkommen leben konnten.

Arbeitslosigkeit als Teil der Armutskette

Ob jemand mit den finanziellen Mitteln während der Arbeitslosigkeit auskommt oder nicht, hängt wesentlich von der Einkommenssituation vor der Arbeitslosigkeit ab. Personen, die sagen, sie konnten früher sehr gut von ihrem Erwerbseinkommen leben, sagen zu 69%, dass ihre finanziellen Mittel in der Arbeitslosigkeit ausreichen; Personen, die schon davor nicht mit ihrem Erwerbseinkommen ausgekommen sind, sagen das nur noch zu 25%. Das trifft insbesondere auf ehemals atypisch Beschäftigte und damit eher Frauen, Niedrigqualifizierte und MigrantInnen zu. Langzeitarbeitslose kommen ebenfalls schwerer mit ihren finanziellen Mitteln in der Arbeitslosigkeit aus. Besonders dramatisch gestaltet sich die Situation für Langzeitarbeitslose, die auch in der Vergangenheit schon einmal längere Zeit ohne Arbeit waren, diese sind zu 76% armutsgefährdet.

Aus diesen Ergebnissen lässt sich auf eine Form der ‚doppelten Diskriminierung‘ schließen, die charakteristisch ist für konservative Wohlfahrtsstaaten wie z.B. Österreich, Deutschland oder Frankreich, in denen das Hauptaugenmerk auf der Gewährleistung von sozialer Sicherheit bei Aufrechterhaltung von Statusunterschieden liegt: durch die Einkommensabhängigkeit der Sozialleistungen werden Statusunterschiede, die bereits am Arbeitsmarkt existieren, in der Arbeitslosigkeit reproduziert und Gruppen, die bereits während der Erwerbstätigkeit häufiger mit finanziellen Problemen zu kämpfen hatten, weisen in der Arbeitslosigkeit eine drastisch höhere Armutsgefährdung auf.

Nichtsdestotrotz ist Arbeitslosigkeit für *alle* Gesellschaftschichten ein Problem. Auch Höherqualifizierte und Personen mit höheren Einkommen sind mittlerweile stärker von Arbeitslosigkeit betroffen, und gerade in Relation zum vorherigen Einkommen verlieren diese Gruppen in der Arbeitslosigkeit einen höheren Anteil. Diese höheren Einkommensverluste können zwar kurzfristig durch Rückgriffe auf Erspartes und andere Ressourcen besser bewältigt werden, dauert die Arbeitslosigkeit jedoch länger an, finden sich auch diese Gruppen in prekären Lebenslagen.

Je länger die Arbeitslosigkeit, desto höher das Armutsrisiko

72% der Langzeitarbeitslosen können auf Basis der erhobenen Daten als armutsgefährdet definiert werden. Vor allem der Wegfall des Arbeitslosengeldes nach Erlöschen des Anspruchs darauf kann nicht mehr durch die Notstandshilfe oder bedarfsorientierte Mindestsicherung gedeckt werden. Hinzu kommt, dass Einsparungen und Ausgabenreduktionen genauso wie Geldausleihen oder Zahlungsverzögerungen nicht langfristig halt- und durchführbar sind, sondern nur kurz- oder maximal mittelfristige Strategien zur Existenzsicherung darstellen.

Keine „soziale Hängematte“

61% der Befragten bezogen Arbeitslosengeld, die durchschnittliche Höhe betrug 817 Euro. 35% bezogen die Notstandshilfe (im Schnitt 692 Euro), 12% ein Schulungsarbeitslosengeld bzw. eine Beihilfe zur Deckung des Lebensunterhalts (DLU) (398 Euro) und 18% eine bedarfsorientierte Mindestsicherung (516 Euro) oder andere vom AMS ausgezahlte Sozialleistungen. 8% der Befragten geben an, keine Leistungen vom AMS zu beziehen, und 42% sagen, sie beziehen neben den AMS-Leistungen auch keine sonstigen Sozialleistungen. Tatsächlich nutzt nur eine Minderheit der Befragten weitere Unterstützungen bzw. Sozialleistungen wie z.B. Gebührenbefreiung (13%), Wohnbeihilfe (11%) oder verbilligte Fahrscheine (5%).

Die Ergebnisse widerlegen das Stereotyp der „sozialen Hängematte“. Etwa jede/r dritte Arbeitslose geht einer Beschäftigung nach, in der Regel einer geringfügige Beschäftigung oder Ausbildung. Darüber hinaus ist wichtig zu betonen, dass Arbeitslosigkeit kein selbst gewählter Zustand ist: neun von zehn Befragten mussten das Beschäftigungsverhältnis unfreiwillig aufgeben, nur jede/r zehnte hat selbst gekündigt.

Eigene Ersparnisse und Partnereinkommen oft entscheidend

Eigene Ersparnisse und das Partnereinkommen ermöglichen vielen Arbeitslosen zumindest kurzfristig eine gewisse finanzielle Absicherung. Allerdings können mehr als die Hälfte der Befragten nicht auf eigene Ersparnisse und rund sieben von zehn auch nicht auf ein Partnereinkommen zurückgreifen. Als Folge werden andere finanzielle Quellen gesucht, häufig in Form von Geldausleihen oder Verschuldung: Zwar nahmen nur 5% einen Kredit auf, aber 19% geben an, ihr Bankkonto laufend überzogen zu haben. Über ein Drittel der Befragten gibt an, sich darüber hinaus privat Geld ausgeliehen und/oder finanzielle Zuwendungen von den Eltern oder von Bekannten erhalten zu haben. Für knapp die Hälfte war die Annahme der finanziellen Zuwendungen aus dem Verwandtenkreis mit einer großen Überwindung verbunden, bei Personen, die aktiv an Bekannte oder Freunde herangetreten sind, um sich Geld auszuleihen, war die Überwindung sogar noch größer (59%).

Negative Folgen für Singles, negative Folgen für Haushaltsmitglieder

Alleinstehende sind besonders armutsgefährdet, insbesondere aufgrund des fehlenden Partnereinkommens. Sie können seltener auf Ersparnisse zurückgreifen und wenden sich in Folge besonders häufig an Freunde und Bekannte mit der Bitte, Geld ausleihen zu können. Im Besonderen trifft das auf Alleinerziehende zu. Kinder stellen für Arbeitslose häufig eine weitere finanzielle Belastung dar, weshalb Arbeitslosigkeit auch in Mehrpersonenhaushalten mitunter massive Folgen hat. In 12% der Haushalte hat eine andere Person während der Arbeitslosigkeit eine Arbeit aufnehmen müssen oder den Ar-

beitsumfang erhöht. Nicht immer kann das Partnereinkommen allerdings die Ausgaben für die Kinder decken. In jedem zehnten Haushalt mit Kindern konnte das Kind deshalb nicht an schulischen Aktivitäten teilnehmen, 7% konnten keine Nachhilfe in Anspruch nehmen.

Massive Ausgabenreduktionen im Lebensalltag

Um mit dem niedrigeren Einkommen während der Arbeitslosigkeit auszukommen, wählen die meisten Arbeitslosen (89%) die Strategie der Ausgabenreduktion. 70% sparten bei Kleidung, 51% bei Lebensmittel, 47% bei Kosmetik und Wellness. Jeweils rund sechs von zehn geben darüber hinaus an, bei Schnäppchen und Angeboten zugegriffen, Billigmarken und -produkte gewählt oder bestimmte Produkte gar nicht mehr gekauft zu haben. Diese Form der materiellen Einschränkung reicht aber oftmals nicht aus, weshalb auch soziale Aktivitäten reduziert werden: 69% berichten von Ausgabenreduktionen beim Ausgehen, 66% bei Urlaubsreisen, 60% bei Hobbies und Kultur. Im Durchschnitt betragen die Einsparungen 324 Euro im Monat. Die Höhe der Einsparungen wird in Relation zum Einkommen, das vor der Arbeitslosigkeit zur Verfügung stand, besonders deutlich: zwei Drittel der Befragten sparten zumindest 15% ihres persönlichen Nettoeinkommens vor der Arbeitslosigkeit, jede/r dritte 30% oder mehr und jede/r zehnte sogar die Hälfte oder mehr an Ausgaben ein.

Arbeitslosigkeit mit negativen psychischen und sozialen Folgen

Insgesamt berichten sieben von zehn Befragten, dass sich die Arbeitslosigkeit über die finanzielle Situation hinaus auf ihr Leben negativ ausgewirkt habe, etwa auch auf die sozialen Kontakte, die Beziehung zu Familie und PartnerIn oder die Wohnsituation. Nicht nur in finanzieller Hinsicht stellt Arbeitslosigkeit damit oft einen gravierenden Einschnitt dar. 46% geben an, dass die Arbeitslosigkeit negative Folge auf die Freizeitgestaltung gehabt habe, 37% vermuten das für ihre beruflichen Chancen und 33% stellten Verschlechterungen im gesundheitlichen Wohlbefinden fest. Besonders negativ wirkt sich Arbeitslosigkeit auf Langzeitarbeitslose und ältere Personen, vor allem Frauen, aus. 53% aller Langzeitarbeitslosen gehen von schlechteren beruflichen Chancen aus, 47% berichten von einem schlechteren gesundheitlichen Wohlbefinden infolge der Arbeitslosigkeit. Auch fast die Hälfte aller arbeitslosen Frauen über 40 berichten von Verschlechterungen des Gesundheitszustandes. Besonders dramatisch: bei 21% der älteren Frauen hatte die Arbeitslosigkeit negative Folgen für die Kinder.

1 Arbeitslose in Wien

1.1 Soziodemografische Merkmale und Haushaltsstruktur

Tabelle 1 gibt einen Überblick über die Struktur der Stichprobe in Bezug auf ausgewählte soziodemographische Merkmale sowie die Haushaltsstruktur. Zielgruppe der Befragung waren Personen in Wien, die entweder zum Zeitpunkt der Befragung oder zumindest ein Mal in den vergangenen 12 Monaten arbeitslos gewesen sind. Die Gewichtung der Daten erfolgte nach Alter, Geschlecht, Migrationshintergrund und Berufsstatus auf Basis der vom Auftraggeber zur Verfügung gestellten Realverteilungen².

Neben den makroökonomischen Rahmenbedingungen hängt das Arbeitslosigkeitsrisiko wesentlich von den individuellen soziodemographischen Merkmalen ab (Hollederer 2011; Kritzinger/Ludvig 2009). Niedrigqualifizierte Personen, MigrantInnen und jüngere wie ältere Beschäftigte gelten als besondere Risikogruppen, wobei jüngere Beschäftigte tendenziell häufigere und kürzere, ältere eher seltenere dafür längere Arbeitslosigkeitsphasen aufweisen. Die Wiener Erwerbsbevölkerung und in Folge auch die von Arbeitslosigkeit Betroffenen unterscheiden sich in ihrer Struktur deutlich von den übrigen Bundesländern, vor allem hinsichtlich Bildungsgrad, Alter und Migrationshintergrund. Das zeigt sich in weiten Teilen auch in der Struktur der für diese Studie Befragten:

- während im Schnitt rund ein Drittel aller Arbeitslosen in Österreich nach der Pflichtschule keine weitere Ausbildung absolviert hat³, sind es in der Stichprobe um rund die Hälfte weniger; umgekehrt haben 43% der Personen der Befragung eine Matura, jede/r Fünfte sogar einen Hochschulabschluss;
- nur 21% der Befragten sind unter 30 Jahre alt, fast die Hälfte ist 40 Jahre und älter; im Österreichschnitt sind deutlich mehr Arbeitslose jünger, nicht zuletzt im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise ist die Jugendarbeitslosigkeit in Österreich merklich gestiegen;

² Die Grundgesamtheit stellen arbeitslose oder in den letzten 12 Monaten arbeitslos gewesene AK-Mitglieder aus Wien dar. Die Studie wählte bewusst nicht nur zu einem bestimmten Stichtag arbeitslos gemeldete Personen als Grundgesamtheit, sondern fasste diese breiter, indem *alle* Personen, die in den letzten 12 Monaten zu einem Zeitpunkt arbeitslos waren, als Zielperson in Frage kamen. Damit gelang es, auch jene Personenkreise, die in den Stichtagsstatistiken i.d.R. unterrepräsentiert sind (z.B. Kurzarbeitslose), gut abzubilden. Aufgrund dieses Auswahlverfahrens erklärt sich z.T. auch der höhere Anteil an Personen mit Matura oder Studienabschluss in der Stichprobe.

³ vgl. Statistik Austria: Mikrozensus Arbeitskräfteerhebung Jahresdaten 2013 (eigene Berechnungen)

- 38% der befragten Personen haben einen migrantischen Hintergrund, im Österreichschnitt sind es 39% der Arbeitslosen, während unter den Beschäftigten nur 19% einen Migrationshintergrund haben.
- 30% der befragten Arbeitslosen leben in Single-Haushalten, also ohne PartnerIn und Kinder. Das ist insofern relevant, als Studien zeigen, dass alleinstehende Personen in der Arbeitslosigkeit stärker armutsgefährdet sind, weil sie z.B. nicht auf die Unterstützung von anderen Haushaltsmitgliedern zurückgreifen können. Das gilt insbesondere für Alleinerziehende (6%).
- Ein Drittel der Befragten lebt mit PartnerIn und Kind(ern) im Haushalt. In Bezug auf Unterhaltspflichten wird zu zeigen sein, inwiefern sich die Arbeitslosigkeit eines Haushaltsmitglieds auf die anderen Haushaltsmitglieder und vor allem Kinder auswirkt.

Abgesehen von den Unterschieden in der Struktur der Erwerbslosen in Wien verdeutlicht die soziodemographische Verteilung, dass Arbeitslosigkeit neben den bekannten Gruppen mit einem höheren Arbeitslosigkeitsrisiko (Männer, Niedrigqualifizierte, MigrantInnen) zumindest kurzzeitig auch Schichten erreicht, die traditionell ein niedrigeres Arbeitslosigkeitsrisiko aufweisen. Vor allem der hohe Anteil an Personen mit Matura oder Studienabschluss in der Befragung deutet darauf hin, dass die Dynamik am Wiener Arbeitsmarkt mittlerweile auch jene Branchen und Berufe erreicht hat, die bisher als krisenresistent galten. Das führt zum Schluss, dass Arbeitslosigkeit kein Randphänomen darstellt, sondern unter Zunahme von brüchigen Erwerbsbiographien und atypischen bis prekären Beschäftigungsverhältnissen auch als zumindest zeitweise erlebte Lage und latentes Risiko in mittlere und höhere Schichten hineinreicht.

Tabelle 1 Struktur der Stichprobe

		n	Prozent
Geschlecht	männlich	264	53%
	weiblich	236	47%
Alter	bis 24 Jahre	59	12%
	24 bis 29 Jahre	47	9%
	30 bis 39 Jahre	153	31%
	40 bis 49 Jahre	158	32%
	50 Jahre und älter	83	17%
höchste abgeschlossene Schulbildung	Pflichtschule/kein Abschluss	80	16%
	Lehre	130	26%
	Fachschule/Handelsschule	74	15%
	Matura	116	23%
	Hochschule	100	20%
Haushaltsstruktur	Single	148	30%
	mit Partner, ohne Kinder	75	15%
	mit Partner und Kind(ern)	160	32%
	alleinerziehend	27	6%
	im elterlichen Haushalt lebend	63	13%
	sonstiges ⁴	26	5%
Staatsbürgerschaft	Österreich	410	82%
	anderes Land	90	18%
Migrationshintergrund	kein Migrationshintergrund	307	61%
	1. Generation	152	30%
	2. Generation	41	8%
Herkunft (Geburtsland der Mutter)	Österreich	307	61%
	ehemaliges Jugoslawien	70	14%
	Türkei	20	4%
	Polen	18	4%
	Deutschland	17	3%
	anderes EU-Land	28	6%
	anderes Nicht EU-Land	39	8%
Gesamt n		500	100%

⁴ in Wohngemeinschaft mit nicht verwandten Personen oder Mehrgenerationenhaushalt

1.2 Bisherige Erwerbskarriere

Nicht nur in Bezug auf die soziodemografische Struktur der Erwerbsbevölkerung unterscheidet sich der Wiener Arbeitsmarkt von Restösterreich, sondern auch in seiner Wirtschaftsstruktur. Der Produktionssektor ist dabei in den letzten Jahren und Jahrzehnten stark rückläufig, während der Dienstleistungssektor deutlich gewachsen ist. Vor allem die Beschäftigung in sozialen Dienstleistungen hat in Wien einen höheren Stellenwert als in den anderen Bundesländern. Das hat zum einen zur Folge, dass insbesondere niedrigqualifizierte Beschäftigte und Beschäftigte im Produktionssektor schlechtere Chancen am Wiener Arbeitsmarkt haben, andererseits aber auch höher qualifizierte und Beschäftigte im Dienstleistungsbereich in Wien mittlerweile zumindest kurze Phasen der Arbeitslosigkeit erlebt haben.

1.2.1 Berufsstatus und Beschäftigungsverhältnisse

Schaut man sich den Berufsstatus der befragten 500 Personen an, ist oder war bis zuletzt rund jede/r Fünfte als ArbeiterIn beschäftigt, die größte Gruppe – mehr als die Hälfte – aber sind Angestellte. Deutlich wird auch, dass Beschäftigte in qualifizierten und leitenden Positionen nur einen kleinen Anteil an der Gruppe der Arbeitslosen darstellen: 9% der Stichprobe sind oder waren zuletzt FacharbeiterInnen, 8% leitende Angestellte. Unter „Sonstige“ (8%) wurden selbständige Personen genauso wie öffentlich Bedienstete oder Freie DienstnehmerInnen zusammengefasst. Der derzeitige bzw. letzte Berufsstatus der Befragten ist in Tabelle 2 dargestellt:

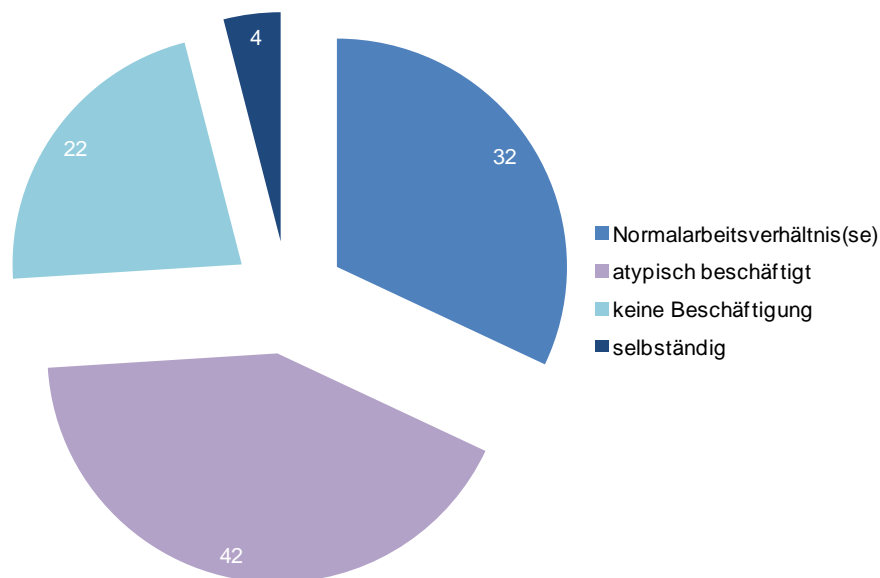
Tabelle 2: Berufsstatus

Themen	Häufigkeit	Prozent
Arbeiter	105	21%
Facharbeiter	46	9%
Angestellte	266	53%
Leitende Angestellte	43	8%
Sonstige	40	8%
Gesamt n	500	100%

Ein Großteil der Befragten gibt an, in den letzten fünf Jahren eines oder mehrere unselbständige Beschäftigungsverhältnisse gehabt zu haben (74%). Auffallend dabei: Nur rund ein Drittel der Befragten (32%) war in den letzten fünf Jahren in Normalarbeitsverhältnissen, d.h. Vollzeit und *ausschließlich* unbefristet beschäftigt. Um 10 Pp. mehr (42%) Befragte waren überwiegend in anderen, d.h. atypischen Arbeitsverhältnissen beschäftigt. Von den restlichen Personen sagt die Mehrheit, dass sie in den letzten fünf Jahren gar keiner Be-

schäftigung nachgegangen seien (22%), 4% der Befragten gingen einer selbständigen Tätigkeit nach.

Abbildung 1 Beschäftigungsformen in den letzten 5 Jahren



Anm.: n=500; Angaben in Prozent

Die Vermutung liegt nahe, dass atypische Beschäftigung mit einem höheren Arbeitslosigkeitsrisiko einhergehen. Das ist insofern relevant, als atypische Beschäftigungsformen als Indikator für die zunehmende Flexibilisierung am Arbeitsmarkt gesehen werden können; Befürworter dieser Flexibilisierung argumentieren, dass atypische Beschäftigungsformen die soziale Teilhabe in Form höherer Arbeitsmarktchancen erhöhen und die Arbeitslosigkeit senken (vgl. dazu Seifert 2006; Keller/Seifert 2007). Dass die größte Gruppe der befragten Wiener Arbeitslosen in den letzten fünf Jahren allerdings vorwiegend atypisch beschäftigt war, widerspricht diesem Argument und belegt das höhere prekäre Potential und Risiko, aus einer atypischen Beschäftigung heraus in den Arbeitslosenstatus zu wechseln (vgl. dazu auch: Schulze/Protsch 2007; Brülle 2013). Besonders häufig – nämlich zur Hälfte – von atypischer Beschäftigung betroffen waren Jüngere (51% der unter 30jährigen) und Frauen (50%) sowie MigrantInnen zweiter Generation (49%). Etwas häufiger als im Durchschnitt waren außerdem AbsolventInnen von Fach- bzw. Handelsschulen (49%) sowie HochschulabsolventInnen (48%) atypisch beschäftigt. Die verschiedenen Typen atypischer Beschäftigung sind in Tabelle 3 dargestellt:

Tabelle 3: Formen atypischer Beschäftigung (in den letzten 5 Jahren)

		Häufigkeit	Prozent
Vollzeit	freie Dienstverhältnisse	13	3%
	befristete Beschäftigung	38	8%
	Leih-/Zeitarbeit	12	2%
	Mehrfachnennung	16	3%
Teilzeit/ geringfügig/ ganz unterschiedlich	freie Dienstverhältnisse	12	2%
	befristete Beschäftigung	17	3%
	unbefristete Beschäftigung	72	14%
	Leih-/Zeitarbeit	4	1%
	Mehrfachnennung	25	5%
Normalarbeitsverhältnis		175	32%
keine Beschäftigung		112	22%
selbstständig		20	4%
Gesamt n		500	100%

1.2.2 Häufigkeit und Dauer von Arbeitslosigkeit in den letzten 5 Jahren

Die Frage nach der Dauer und Häufigkeit der Arbeitslosigkeit in den letzten fünf Jahren wurde nur an Personen gestellt, die Arbeitslosigkeit als Grund für eine Berufsunterbrechung in diesem Zeitraum angegeben haben. Das trifft auf 59% der Befragten zu. Da die restlichen 41% überdurchschnittlich häufig angeben, derzeit arbeitslos zu sein, könnte es sich in erster Linie um Personen handeln, bei denen die derzeitige Phase der Arbeitslosigkeit die erste in den letzten fünf Jahren darstellt und die daher angeben, in den letzten fünf Jahren nicht arbeitslos gewesen zu sein.⁵

Drei Viertel jener Befragten, die Arbeitslosigkeit als Grund für eine Berufsunterbrechungen in den letzten fünf Jahren angegeben haben, waren in diesem Zeitraum ein oder zwei Mal arbeitslos. Ein Viertel war drei Mal oder öfters arbeitslos (s. Tabelle 4).

⁵ Da diese Unschärfe allerdings nachträglich nicht mehr eindeutig rekonstruierbar ist, wird in Bezug auf Häufigkeit und Dauer der Arbeitslosigkeit nur von einer Fallzahl von 295 Befragten ausgegangen.

Tabelle 4: Häufigkeit Arbeitslosigkeit in den letzten fünf Jahren

Häufigkeit Arbeitslosigkeit	Häufigkeit	Prozent
1 Mal	125	42%
2 Mal	98	33%
3 Mal oder öfter	72	24%
Gesamt n	295	100%

Anm.: n=295; befragt wurden nur Personen, die Arbeitslosigkeit als Grund für eine Berufsunterbrechungen in den letzten fünf Jahren angegeben haben

Die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit betrug 20 Monate, der Median⁶ liegt bei 15 Monaten. Ganz generell gilt: Niedrigqualifizierte und atypisch Beschäftigte waren häufiger arbeitslos, ebenso wie Personen, die in den letzten fünf Jahren die berufliche Tätigkeit aufgrund von Krankheit unterbrechen mussten. Männer hatten häufigere Phasen der Arbeitslosigkeit als Frauen.

Auf Basis der Angaben der Personen und einer anschließenden Clusteranalyse lassen sich drei Typen differenzieren: zunächst jene, bei denen es in den letzten fünf Jahren zu häufigen aber kürzeren Phasen der Arbeitslosigkeit gekommen ist; als zweites jene, die seltenere aber in Summe überdurchschnittlich lange Arbeitslosigkeitsphasen aufweisen; und schließlich die (größte) Gruppe jener, bei denen Häufigkeit und Dauer der Arbeitslosigkeit ungefähr im Durchschnitt lagen (s. Tabelle 5). Die soziodemografische Analyse zeigt:

- Frauen weisen etwas seltenere, dafür längere Phasen der Arbeitslosigkeit auf als Männer, Männer eher häufigere und kürzere.
- Wie bereits in Kapitel 1.1 erwähnt, sind ältere Personen zwar tendenziell seltener arbeitslos, dafür dauert ihre Arbeitslosigkeit gemeinhin länger: 40% aller über 49jährigen und 19% der 40 bis 49jährigen fallen in jene Gruppe, die seltene aber deutlich längere Arbeitslosigkeitsphasen aufweisen. Befragte mit maximal Lehrabschluss weisen häufigere und kurze Arbeitslosigkeitsepisoden auf als höherqualifizierte Personen.
- In Bezug auf den Migrationshintergrund ist festzustellen, dass Befragte ohne Migrationshintergrund zu 21% in die Gruppe jener fallen, die sich durch seltenere aber längere Arbeitslosigkeitsepisoden kennzeichnen, MigrantInnen umgekehrt eher häufiger dafür kürzer ohne Beschäftigung waren. Dasselbe gilt für ArbeiterInnen: mehr als ein Viertel lässt

⁶ Im Unterschied zum Mittelwert, für den die Summe aller Werte durch die Anzahl der Fälle geteilt wird, stellt der Median die exakte Grenze der 50% oberen und 50% unteren Werte dar. Der Median ist damit wesentlich unempfindlicher gegenüber Extremwerten, welche den Mittelwert verzerren können.

sich dem ersten Typ zuordnen, ist also stärker von mehrmaligen, dafür tendenziell kürzeren Arbeitslosigkeitsepisoden betroffen.

- Atypische Beschäftigungsverhältnisse gehen etwas häufiger Hand in Hand mit längeren Phasen der Arbeitslosigkeit: während nur 6% der Befragten, die in den letzten fünf Jahren überwiegend in Normalarbeitsverhältnissen beschäftigt waren, diese durch vereinzelte lange beschäftigungslose Perioden unterbrechen mussten, waren es unter atypischen Beschäftigten fast drei Mal so viele (16%).

Tabelle 5 Typologie Arbeitslosigkeit nach Häufigkeit und Dauer

		häufig, kurz (Ø5 mal, 23 Monate)	selten, lang (Ø1 mal, 49 Monate)	Durchschnitt (Ø2 mal, 13 Monate)
Geschlecht	männlich	16%	14%	70%
	weiblich	11%	18%	71%
Alter	bis 24	14%	6%	80%
	25 bis 29	11%	4%	86%
	30 bis 39	15%	8%	77%
	40 bis 49	13%	19%	68%
	50 und älter	13%	40%	47%
	höchste abgeschlossene Schulbildung	max. Pflichtschule	21%	19%
	Lehre	25%	15%	60%
	Fachschule/Handelsschule	13%	21%	66%
	Matura	8%	10%	82%
	Hochschule	1%	19%	80%
Migrationshintergrund	ohne	12%	21%	68%
	erste Generation	14%	10%	76%
	zweite Generation	23%	4%	73%
Berufsstatus	Arbeiter	26%	16%	59%
	Angestellte	9%	18%	73%
	Sonstiges	4%	-	96%
Atypische	Normalarbeitsverhältnis	11%	6%	83%
	Atypische Beschäftigung	15%	16%	69%

Anm.: n=295; Befragt wurden nur Personen, die Arbeitslosigkeit als Grund für eine Berufsunterbrechungen in den letzten fünf Jahren angegeben haben

1.3 Struktur der aktuellen Arbeitslosigkeit

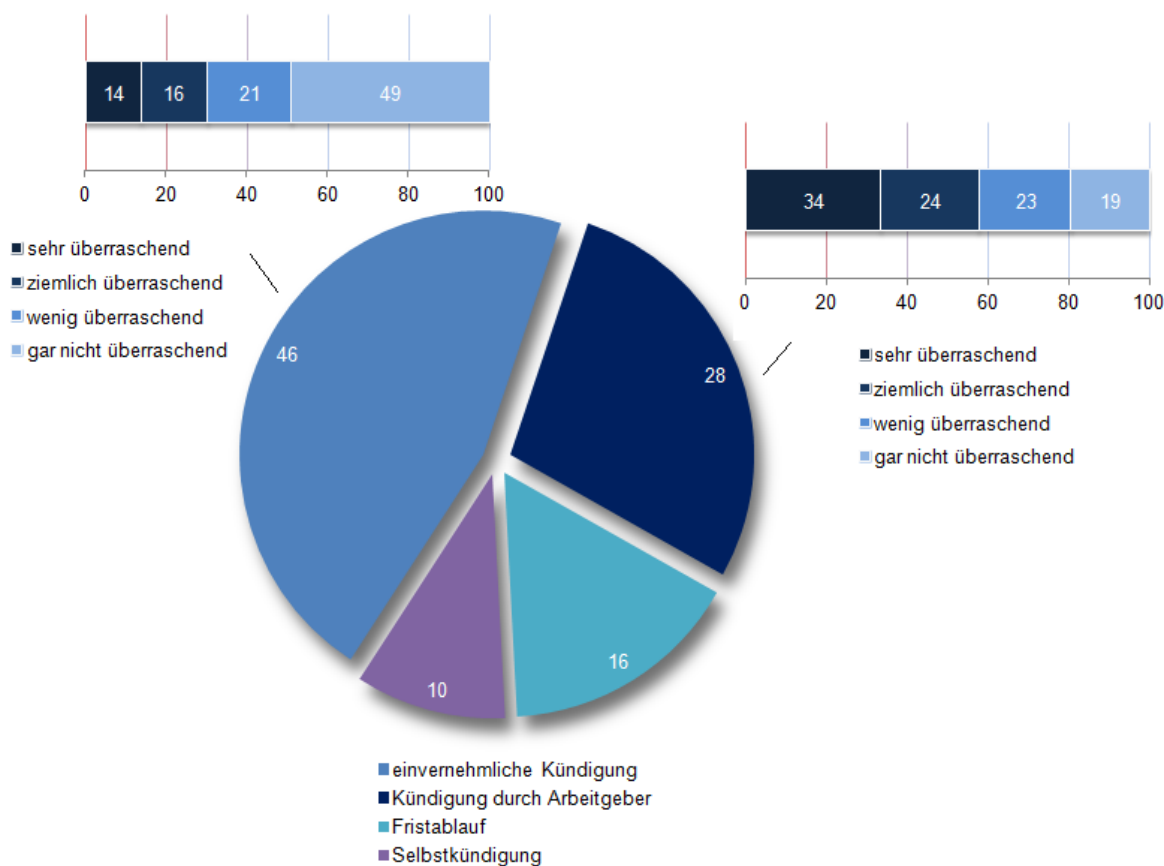
Beendigung letztes Dienstverhältnis

Fast die Hälfte der Befragten gibt an, dass das letzte Dienstverhältnis durch eine einvernehmliche Kündigung beendet wurde (46%), etwas mehr als ein Viertel wurde durch den Arbeitgeber gekündigt (28%), jede/r sechste gibt an, dass das letzte Dienstverhältnis durch Fristablauf beendet wurde. Nur jede/r Zehnte hat selbst gekündigt. Die Arbeitslosigkeit, um die es in der Befragung ging, war also nur in 10% der Fälle selbst initiiert, bei 9 von 10 spielten externe Faktoren eine Auslöserrolle. Es ist wichtig dies zu betonen: nur in den seltensten Fällen ist die Arbeitslosigkeit auf den Wunsch der Personen selbst zurückzuführen, 9 von 10 Arbeitslosen mussten *unfreiwillig* den Beruf niederlegen.

Die Mehrheit der Befragten hat das Beschäftigungsende dabei aber bis zu einem gewissen Grad erwartet. Klammert man jene Personen aus, die angaben, selbst gekündigt zu haben oder bei denen eine Befristung abgelaufen ist, sagten im Schnitt 60%, dass die Beendigung des Dienstverhältnisses wenig oder gar nicht überraschend für sie war. Für 21% kam die Beendigung hingegen sehr überraschend, für weitere 19% ziemlich überraschend. Vor allem Kündigungen durch den Arbeitgeber treffen die Befragten unvorbereitet (58%), aber auch bei einer einvernehmlichen Kündigung gibt fast ein Drittel an, dass die Kündigung für sie oder ihn überraschend gekommen sei.⁷

⁷ Im Kontext der Frage rund um etwaige vorher eingeleitete Sparmaßnahmen in Erwartung der Arbeitslosigkeit geben sogar 40% der einvernehmlich Gekündigten an, nicht damit gerechnet zu haben, arbeitslos zu werden.

Abbildung 2 Beendigung des Dienstverhältnisses



Anm.: n=500; Angaben in Prozent

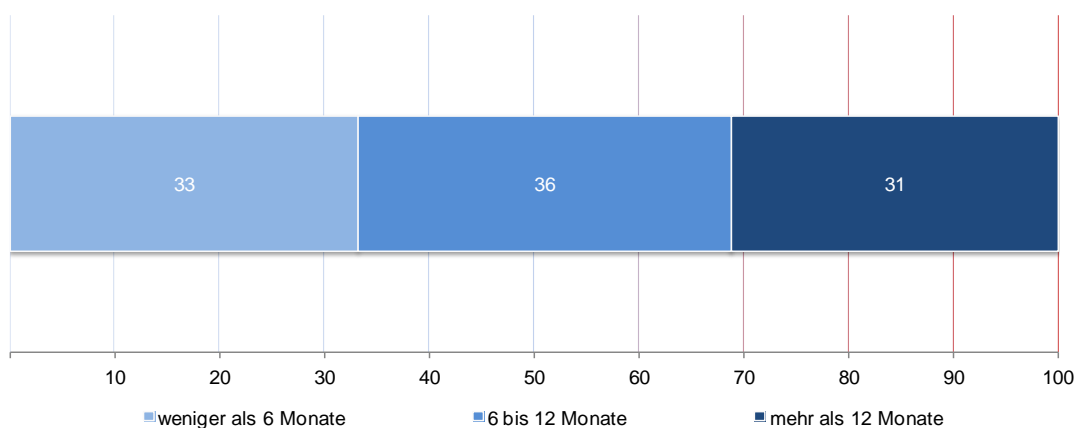
Zumindest 15% hatten nach der Kündigung eine Stellenzusage durch den alten oder einen anderen Arbeitgeber, die Hälfte dieser Personen hat sich mit dem Arbeitgeber auf eine einvernehmliche Kündigung geeinigt. Ältere ArbeitnehmerInnen berichten in der Befragung häufiger von einer Kündigung durch den Arbeitgeber (36% der über 50jährigen). Personen ohne weitere Qualifikationen über den Pflichtschulabschluss hinaus sind ebenfalls häufiger durch den Arbeitgeber gekündigt worden (33%), ebenso MigrantInnen (34%) und ArbeiterInnen (34%). Der Vergleich mit den früheren Phasen der Arbeitslosigkeit zeigt, dass Personen, die in den letzten fünf Jahren häufigere aber kürzere Arbeitslosigkeitsphasen durchlebt haben, in der Befragung auch häufiger angeben, vom Arbeitgeber gekündigt bzw. entlassen worden zu sein (33%) oder dass eine Befristung ausgelaufen sei (23%). Die Vermutung liegt nahe, dass insbesondere Befristungen bei diesen Personen häufiger vorgekommen sind und schon in der Vergangenheit zu immer wieder kurzen Arbeitslosigkeitsphasen geführt haben. Befristungen treffen häufiger Jüngere (25% der unter 24jährigen), Befragte mit Hochschulabschluss (23%), Frauen unter 40 (24%) und Beschäftigte ohne Migrationshintergrund (19%).

Dauer der derzeitigen bzw. letzten Arbeitslosigkeit

Bei zum Zeitpunkt der Befragung arbeitslosen Befragten dauert die Arbeitslosigkeit im Durchschnitt seit mittlerweile 20 Monaten an, der Median liegt bei einem Jahr. Befragte, die derzeit nicht arbeitslos sind aber in den letzten 12 Monaten waren, beziffern die Dauer ihrer letzten Arbeitslosigkeit im Durchschnitt mit neun Monaten, der Median liegt bei einem halben Jahr.

In Summe liegt die durchschnittliche Arbeitslosigkeit aller Befragten damit bei 15,5 Monaten, der Median liegt bei neun Monaten. Damit lassen sich jene differenzieren, deren Arbeitslosigkeit kurz (weniger als 6 Monate), durchschnittlich lange (6 bis 12 Monate) oder lange (mehr als 12 Monate) gedauert hat bzw. dauert:

Abbildung 3 Dauer der derzeitigen bzw. letzten Arbeitslosigkeit



Anm.: n=500; Angaben in Prozent

Welche individuellen Hintergrundfaktoren bedingen, dass jemand länger arbeitslos ist? Um signifikante Einflussfaktoren und relevante Effekte auf die Dauer der Arbeitslosigkeit zu ermitteln, benötigt es höhere statistische Verfahren. Zu diesem Zweck wurde ein lineares Regressionsmodell erstellt und berechnet, in dem die Effekte von Alter, Geschlecht, Bildung, Migrationshintergrund, Dienstverhältnis und Beschäftigungsstruktur eingingen.⁸ Im Wesentlichen lässt sich auf Basis der vorliegenden Daten eine längere Arbeitslosigkeit aus dem Alter und dem Bildungsabschluss der Person erklären: je älter und je niedriger das formale Bildungsniveau, desto größer die Wahrscheinlichkeit, dass diese Person eine längere Arbeitslosigkeitsdauer aufweist. Gleichzeitig verweist dieses Ergebnis auf jene Faktoren – ein höheres Alter und Niedrigqualifikation – die in der Arbeitsvermittlung besonders

⁸ Die erklärte Varianz liegt allerdings nur bei 13,2%, woraus zu schließen ist, dass mit den vorliegenden Variablen nur ein geringer Teil der Dauer der Arbeitslosigkeit erklärt werden kann. So liegen zum Beispiel keine Daten über etwaige gesundheitliche Beeinträchtigungen oder die genaue regionale Herkunft vor, die einen wesentlichen Effekt auf die Arbeitslosigkeitsdauer haben können und zur Erklärung dieser beitragen würden.

ungünstig auf die Re-integration in den Arbeitsmarkt und Wiederbeschäftigung wirken.

Darüber hinaus zeigen sich Muster der Lang- bzw. Kurzarbeitslosigkeit in Abhängigkeit der bisherigen Erwerbskarriere: Die Hälfte jenes Typs, der in den letzten fünf Jahren häufige aber kurze Arbeitslosigkeitsphasen durchlebt hat, gilt auch jetzt als kurzarbeitslos, jene die durchschnittlich oft und lang arbeitslos waren, zu 42%. Hingegen sind 92%, die bereits in den letzten fünf Jahren seltenere aber lange Arbeitslosigkeitsphasen erlebt haben, auch jetzt wieder langzarbeitslos. Das ist in Bezug auf die Fragestellung der Studie insofern relevant, als davon auszugehen ist, dass besonders langzarbeitslose Personen sich mit steigender Dauer der Erwerbslosigkeit in einer schwierigeren finanziellen Lage befinden und auf umfassendere Strategien zur Existenzsicherung zurückgreifen müssen.

Tätigkeiten während der Arbeitslosigkeit

Etwa jede/r dritte arbeitslose Befragte geht einer Tätigkeit nach, dabei handelt es sich in der Regel um eine geringfügige Beschäftigung (s. Tabelle 6). Überdurchschnittlich häufig aktiv während der Arbeitslosigkeit sind Frauen und Personen mit Matura bzw. Hochschulabschluss. Die Hälfte der derzeit Arbeitslosen – insbesondere Ältere, Männer, Niedrigqualifizierte, ArbeiterInnen und Personen ohne Migrationshintergrund – ist allerdings inaktiv, d.h. geht keiner geringfügigen Beschäftigung oder Ausbildung während der Arbeitslosigkeit nach. Wichtig dabei ist der Hinweis auf die unterschiedlichen Arbeitsmarktchancen dieser Gruppen: auf Basis der Ergebnisse in Tabelle 6 darf nicht darauf geschlossen werden, dass etwa Männer oder niedrigqualifizierte Personen in der Arbeitslosigkeit keiner geringfügigen Beschäftigung nachgehen *wollten*; vielmehr sind Gruppen häufiger inaktiv, für die oben bereits festgestellt wurden, dass sie generell schlechtere Arbeitsmarktchancen haben. Daraus ist abzuleiten, dass diese Gruppen sich auch in der Arbeitslosigkeit schwerer tun, eine offizielle Zuverdienstmöglichkeit zu finden. Diese Vermutung wird dadurch gestützt, dass vor allem Männer ohne höhere Qualifikation später angeben werden, ihr Einkommen in der Arbeitslosigkeit durch Gelegenheitsjobs abgesichert zu haben.

Tabelle 6: Derzeitige Tätigkeiten während der Arbeitslosigkeit

		n	Prozent
Dzt. nicht arbeitslos		152	30%
Arbeitslos	Geringfügig berufstätig	55	11%
	Schüler / Student	21	4%
	Lehrling in überbetrieblicher Ausbildung	9	2%
	in Schulungsmaßnahme	18	4%
	sonstiges	8	2%
	nichts davon	241	48%
Gesamt n		500	100%

2 Finanzielle Aspekte der Arbeitslosigkeit

Im Jahr 2012 galten in Österreich 18,5% der Bevölkerung bzw. rund 1,5 Millionen Menschen als armuts- oder ausgrenzungsgefährdet nach Definition der Europa 2020-Strategie (Quelle: Eurostat EU-SILC), d.h. sie waren entweder armutsgefährdet, erheblich materiell depriviert oder lebten in einem Haushalt mit keiner oder sehr niedriger Erwerbsintensität. Arbeitslosigkeit gilt nicht nur als einer von mehreren Indikatoren für Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung, sondern sie erhöht die Armutsgefährdung am deutlichsten. Neben psychologischen und psychosozialen Folgen ergeben sich bei den meisten Arbeitslosen in erster Linie finanzielle Probleme. Die Existenzsicherung wird für arbeitslos gewordene Personen zudem umso schwieriger, je länger die Arbeitslosigkeit andauert. Das Ausmaß an Armutsgefährdung unter Arbeitslosen hängt dabei von mehreren Faktoren ab. Zum einen zeigen sich klare Unterschiede zwischen den EU-Mitgliedsstaaten in der Armutsgefährdungsquote, was auch auf die unterschiedlichen Sozialsysteme in den einzelnen Staaten zurückzuführen ist. Die einzelnen Wohlfahrtsstaaten lassen sich dabei u.a. hinsichtlich der Leistungsdichte, der Anspruchsvoraussetzungen und der Art, wie die Sozialleistungen finanziert und erbracht werden, unterscheiden. Frühere Typologien unterschieden die Sozialsysteme in einen Bismarck- und Beveridge-Typ, seit den 1990er Jahren hat sich eine Unterteilung in liberale (angelsächsische) Modelle, konservative (kontinentaleuropäische) Modelle und sozialdemokratische (skandinavische) Modelle etabliert (vgl. etwa Esping-Andersen 1990; Bolkovac 2007). Die konservativen Wohlfahrtsstaaten sind durch das Bismarcksche Sozialversicherungsmodell geprägt, Versicherungsleistungen stehen hier im Vordergrund. Österreich gilt wie Deutschland oder Frankreich als klassisches Beispiel dieses Typs:

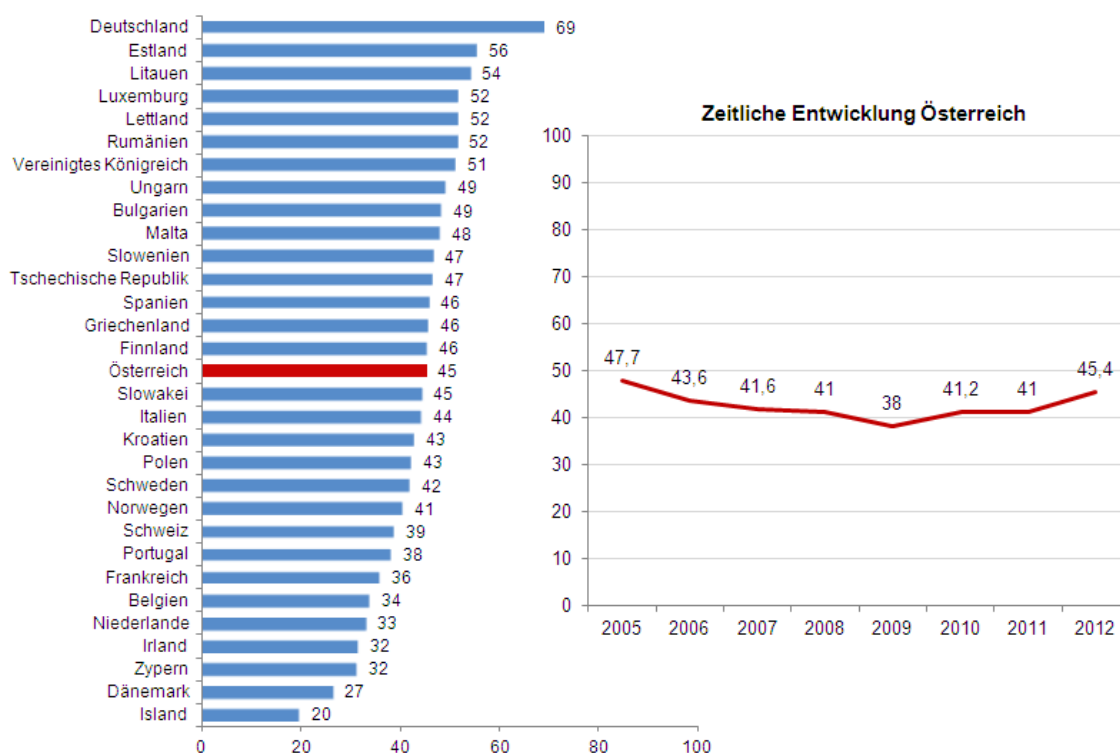
„Die hohen Lohnersatzleistungen innerhalb der passiven Arbeitsmarktpolitik sind nur für sozialversicherungspflichtige Erwerbstätige bestimmt. Demgemäß ist die soziale Sicherung vor allem durch Beiträge finanziert, was zu hohen Lohnnebenkosten führt. Aufgrund der einkommensabhängigen Leistungen der Sozialpolitik werden die vom Markt herbeigeführten Statusunterschiede reproduziert, wodurch der Arbeitsmarkt segmentiert wird. Dies fördert die Ungleichheit, was einen geringen Grad an Destratifizierung impliziert. Daraus resultiert ein eher rigider Arbeitsmarkt, bei dem die aktive Arbeitsmarktpolitik eine untergeordnete Rolle spielt.“⁹

Noch nicht eindeutig zuordnen lassen sich die postsozialistischen osteuropäischen Wohlfahrtsstaaten, die einen graduellen wohlfahrtsstaatlichen Wandel erleben, der sich jedoch (noch) nicht positiv auf die Armutsgefährdungsquoten auszuwirken scheint. So weisen osteuropäische Staaten nicht nur eine höhere Arbeitslosenquote sondern auch eine deutlich höhere Armutsgefährdungsquote bei arbeitslos gewordenen Personen auf.

⁹ Sesselmeier, Werner; Somaggio, Gabriele (2009): Funktionswandel der Arbeitsmarktpolitik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 27, S. 10

Am höchsten liegt die Armutsgefährdungsquote aber in Deutschland (69%), der EU27-Durchschnitt liegt bei 47%. Österreich liegt mit 45% etwas unter dem Durchschnitt, aber immer noch deutlich über der Armutsgefährdungsquote von Ländern wie Dänemark (27%) den Niederlanden (33%), Belgien (34%) oder Frankreich (36%).¹⁰

Abbildung 4 Armutsgefährdungsquote bei Erwerbslosen (Quelle: EU-SILC)



Neben dem Wohlfahrts- und Sozialsystem, das arbeitslos gewordenen Menschen die Existenzsicherung z.B. über finanzielle Transferleistungen wie dem Arbeitslosengeld erleichtern soll, spielen aber auch individuelle Voraussetzungen eine entscheidende Rolle, wie leicht oder wie schwer eine Person die finanzielle Lage in der Arbeitslosigkeit bewältigen kann. Ein zentraler Faktor ist die Einkommenssituation vor der Arbeitslosigkeit. War diese gut – so die Hypothese – ist zwar der Einkommensverlust durch die Arbeitslosigkeit in der Regel höher, gleichzeitig aber ist dieser Einkommensverlust durch ein höheres Privatvermögen und höhere finanzielle Transferleistungen besser auszugleichen. In den folgenden Kapiteln geht es deshalb um die Analyse der finanziellen Situation sowohl vor als auch in der Phase der Arbeitslosigkeit.

¹⁰ Eurostat EU-SILC: Anteil von erwerbslosen Personen mit einem verfügbaren Äquivalenzeinkommens unter 60 % des nationalen verfügbaren Äquivalenzeinkommens (eigene Berechnung).

2.1 Einkommensvergleich vor und während Arbeitslosigkeit

In Summe geben 88% der Befragten an, dass sie vor der Arbeitslosigkeit von ihrem Einkommen leben konnten; 20% sagen, sie konnten sehr gut davon leben, für 28% reichte es vollkommen aus, bei 39% reichte das Einkommen knapp aus. 11% der Befragten geben hingegen an, dass sie auch schon vor der Arbeitslosigkeit nicht von ihrem Einkommen allein leben konnten. Vor allem Frauen (16%), niedrigqualifizierte Personen (19%), MigrantInnen und Personen ohne österreichische Staatsbürgerschaft (23%) geben häufiger an, dass ihr Erwerbseinkommen allein nicht ausgereicht hätte, um alle Bedürfnisse zu decken.

Im Schnitt lag das durchschnittliche Einkommen vor der Arbeitslosigkeit unter den beschäftigten Befragten bei 1.420 Euro netto / Monat; Frauen, Niedrigqualifizierte und MigrantInnen verdienten jeweils zwischen 300 und 400 Euro weniger und konnten entsprechend schlechter von ihrem Einkommen allein leben. Ebenfalls niedriger lag das Einkommen bei Jüngeren: unter 25jährige verdienten im Schnitt nur 941 Euro netto / Monat, die Mehrheit der Jugendlichen gibt aber an, dass ihr Einkommen zumindest knapp ausreichte, u.a. deshalb, weil Jüngere häufiger finanzielle Unterstützung seitens der Eltern erwarten konnten.

Bedingt durch das höhere Ausgangsniveau mussten ältere und höher gebildete ArbeitnehmerInnen zunächst höhere Einkommensverluste durch die Arbeitslosigkeit hinnehmen. Mit den niedrigsten Einkommen während der Arbeitslosigkeit sind hingegen jene Befragten konfrontiert, die auch vor der Arbeitslosigkeit schon über geringere Einkommen verfügten, also jüngere Personen, Frauen, Niedrigqualifizierte, MigrantInnen und vormals atypisch Beschäftigte (s. Tabelle 7).

Tabelle 7 Einkommensverlust durch Arbeitslosigkeit

		€ vor AL	€ während AL	€ Differenz	In %
Geschlecht	männlich	1.579	858	-721	-46%
	weiblich	1.233	726	-507	-41%
Alter	bis 29 Jahre	1.077	586	-491	-46%
	30 bis 45 Jahre	1.440	828	-612	-43%
	über 45 Jahre	1.607	891	-716	-45%
höchste abgeschlossene Schulbildung	Pflichtschule/kein Abschluss	1.164	671	-494	-42%
	Lehre	1.366	772	-594	-43%
	Fachschule/Handelsschule	1.273	743	-530	-42%
	Matura	1.415	784	-630	-45%
	Hochschule	1.779	977	-802	-45%
Berufsstatus	Arbeiter	1.131	656	-475	-42%
	Facharbeiter	1.344	687	-657	-49%
	Angestellte	1.451	836	-615	-42%
	leitende Angestellte	1.896	1.040	-856	-45%
Migrationshintergrund	kein Migrationshintergrund	1.546	832	-714	-46%
	Migrationshintergrund	1.227	740	-487	-40%
überwiegende Beschäftigung	Normalarbeitsverhältnis	1.608	868	-740	-46%
	atypische Beschäftigung	1.235	742	-494	-40%
GESAMT		1.420	796	-624	-44%
Gesamt n		458	429		

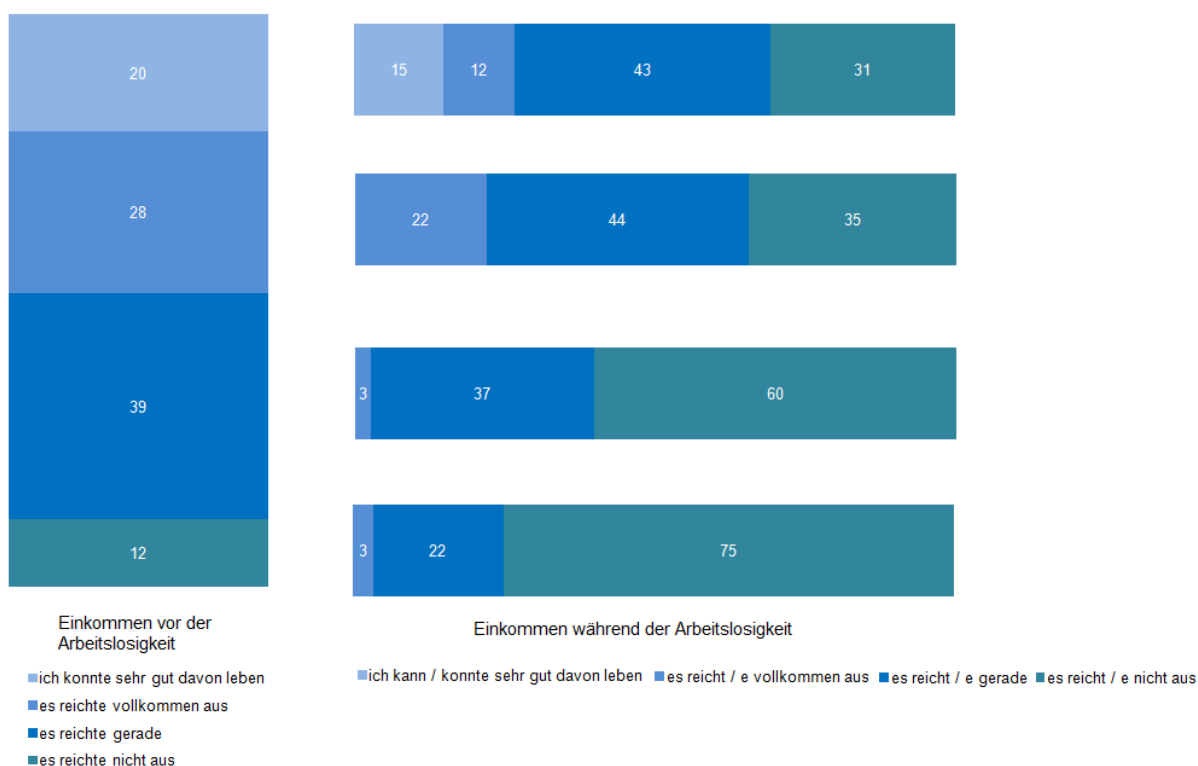
Anm.: Mittelwerte in Euro: persönliches Nettoeinkommen pro Monat

Der deutliche Einkommensverlust durch die Arbeitslosigkeit spiegelt sich auch in der subjektiven Einschätzung wider, wie gut die Befragten von ihrem Einkommen *in der* Arbeitslosigkeit leben können: Vor der Arbeitslosigkeit konnte wie oben erwähnt etwa die Hälfte der Befragten sehr gut von ihren Einkommen leben bzw. gibt an, dass es vollkommen ausreichte – während der Arbeitslosigkeit sind das nur mehr 13%. Genau umgekehrt verhält es sich mit dem Anteil jener, die angeben, dass das Einkommen nicht ausreicht: dieser steigt um das Vierfache von 12% *vor* der Arbeitslosigkeit auf 48% *während* der Arbeitslosigkeit.

Einzig und allein in der Gruppe jener 20%, die sagten, sie hätten schon vor der Arbeitslosigkeit sehr gut von ihrem Einkommen leben können, geben nach wie vor 15% an, sie könnten auch in der Arbeitslosigkeit sehr gut von den Sozialleistungen leben; in allen anderen Einkommensgruppen kann niemand mehr „sehr gut“ vom Arbeitslosengeld leben.

Besonders dramatisch gestaltet sich die Situation unter jenen Personen, die auch schon vor der Arbeitslosigkeit nicht oder nur knapp von ihrem Erwerbseinkommen leben konnten: drei Viertel dieser von Erwerbsarmut betroffenen Personen geben an, in der Arbeitslosigkeit nicht von den Sozialleistungen leben zu können, nur eine Minderheit sagt, es reiche gerade noch knapp oder vollkommen aus.

Abbildung 5 Auskommen mit dem Einkommen vor und während Arbeitslosigkeit



Die Ergebnisse sind insofern bedenklich, als sie auf eine doppelte strukturelle Diskriminierung sowohl am Arbeitsmarkt als auch in der Arbeitslosigkeit hindeuten, die sich letzten Endes in einer höheren Armutsgefährdung von bestimmten Gruppen zeigt: es sind vor allem jene Gruppen, die bereits im Erwerbsleben hinsichtlich Arbeitsmarktchancen und Einkommen häufiger mit Problemen und Erwerbsarmut zu kämpfen hatten, die auch in der Arbeitslosigkeit eine drastisch höhere Armutsgefährdung aufweisen und damit häufiger in eine Art „Existenzfalle“ rutschen. Diese Form der ‚doppelten Diskriminierung‘ ist dabei charakteristisch für konservative Wohlfahrtsstaaten, in denen „[a]ufgrund der einkommensabhängigen Leistungen der Sozialpolitik die vom Markt herbeigeführten Statusunterschiede reproduziert [werden], wodurch der Arbeitsmarkt segmentiert wird.“ (Sesselmeier/Somaggio 2009, S.10). Der Zusammenhang zwischen persönlichem Nettoeinkommen und dem Auskommen mit dem Einkommen in Tabelle 8, in der das durchschnittliche persönliche

Nettoeinkommen pro Monat während der Arbeitslosigkeit nach Auskommen mit dem Einkommen dargestellt ist, verdeutlicht dies:

Tabelle 8: Auskommen mit dem Einkommen während Arbeitslosigkeit

Auskommen	Einkommen während AL (Mittelwert)
sehr gut/reicht vollkommen	1.099 €
reicht gerade	823 €
reicht nicht	702 €

Anm.: Mittelwerte in Euro; persönliches Nettoeinkommen pro Monat

Insgesamt geben Personen mit Pflichtschulabschluss als höchster abgeschlossener Ausbildung (60%) sowie zuletzt überwiegend atypisch Beschäftigte (55%) besonders häufig an, während der Arbeitslosigkeit nicht mit dem Einkommen auszukommen. Jene Gruppe, die zwar häufigere aber dafür kürzere Phasen der Erwerbslosigkeit in den letzten fünf Jahren erlebt hat, kommt etwas leichter mit ihrem jetzigen Einkommen aus (52%). Im Unterschied dazu können Personen, die in den letzten fünf Jahren zwar seltene aber überdurchschnittlich lange Arbeitslosigkeitsphasen erlebt haben, die damals entstandenen Einkommensverluste in der aktuellen Arbeitslosigkeit offenbar schwerer kompensieren - bei 54% reicht das derzeitige Einkommen nicht aus. Dasselbe gilt für AlleinerzieherInnen (70%), Personen, die mit drei oder mehr Kindern im Haushalt leben (60%) und Personen, die im elterlichen Haushalt leben (59%). Ebenfalls über dem Durchschnitt liegen FacharbeiterInnen (63%) und leitende Angestellte (56%).

Dass leitende Angestellte ebenso häufig wie z.B. atypisch Beschäftigte angeben, in der Arbeitslosigkeit nur schwer über die Runden zu kommen, verweist auf die oben angesprochene höhere Einkommensdifferenz bei jenen Personen, die vor der Arbeitslosigkeit über ein höheres Erwerbseinkommen verfügten. Immerhin jede/r sechste Befragte gibt an, vor der Arbeitslosigkeit sehr gut mit dem Einkommen ausgekommen zu sein, dass es aber während der Arbeitslosigkeit nicht ausgereicht hat. Besonders häufig berichten dies ältere Befragte sowie leitende Angestellte. Das belegt, dass nicht nur die absolute Höhe des Einkommens während der Arbeitslosigkeit sondern auch eine große Differenz zwischen dem Einkommen vor und während der Arbeitslosigkeit als problematisch empfunden wird. Insofern ist Arbeitslosigkeit für alle Schichten aufgrund des deutlichen Einkommensverlusts ein Problem.

2.2 Einkommensquellen während Arbeitslosigkeit

2.2.1 Offizielle Einkommensquellen (AMS-Leistungen)

Etwa zwei Drittel der Befragten sind derzeit arbeitslos und beim AMS gemeldet, 5% sind arbeitslos aber nicht beim AMS gemeldet (der Rest ist zum Zeitpunkt der Befragung nicht mehr arbeitslos gewesen). Leicht über dem Durchschnitt liegt der Anteil der Nicht-Gemeldeten bei leitenden Angestellten (12%), die auf eine Meldung beim AMS scheinbar häufiger verzichten.

Auf welche offiziellen Einkommensquellen die Befragten während ihrer Arbeitslosigkeit zurückgreifen bzw. zurückgegriffen haben und die Höhe dieser Leistungen im Durchschnitt ist zunächst in Tabelle 9 dargestellt.

Tabelle 9: Offizielle Einkommensquellen

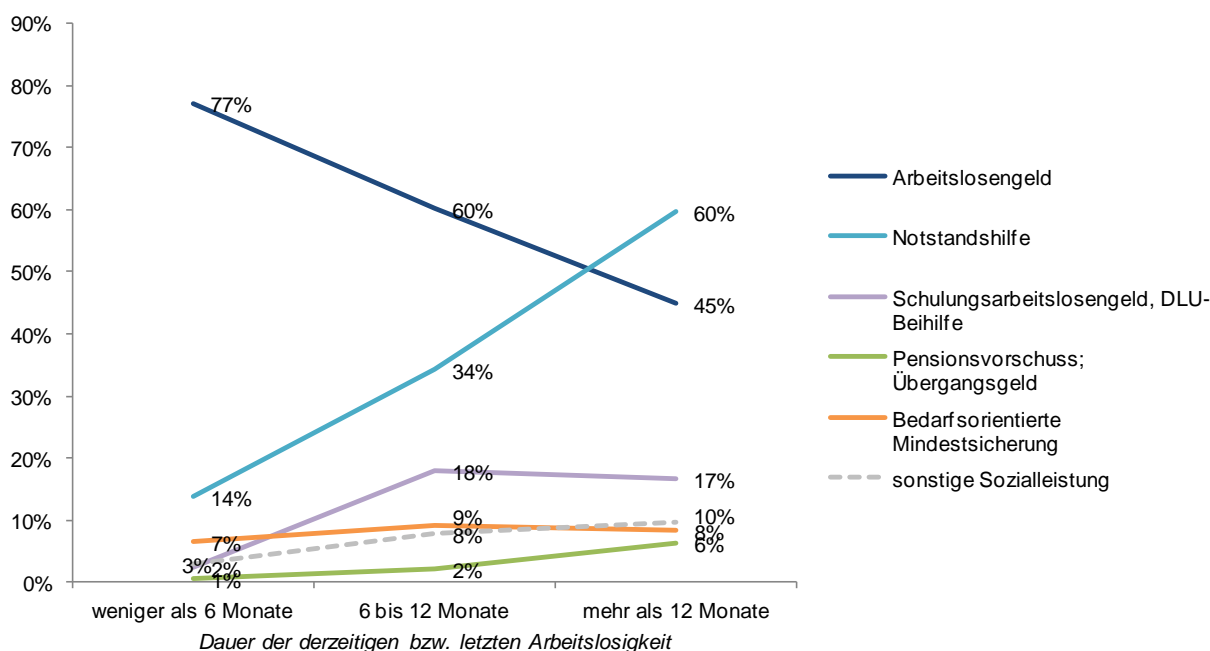
	Prozent	Mittelwert €
Arbeitslosengeld	61%	817
Notstandshilfe	35%	692
Schulungsarbeitslosengeld, DLU-Beihilfe	12%	398
Bedarfsorientierte Mindestsicherung	8%	516
Pensionsvorschuss, Übergangsgeld	3%	673
sonstige Sozialleistung	7%	273
nichts davon	8%	-

Anm.: Mittelwerte in Euro; Mehrfachnennungen möglich

61% haben Arbeitslosengeld bezogen, etwas mehr als ein Drittel der Befragten gibt an, Notstandshilfe zu beziehen bzw. bezogen zu haben. Von einer Reduzierung der Notstandshilfe, weil das Einkommen des/der PartnerIn angerechnet wurde, berichten 4% der Befragten. Aufgrund der geringen Fallzahl (19 Personen) sind Aussagen über diese Gruppe nur sehr eingeschränkt möglich. Es zeigt sich aber, dass die Reduktion der Notstandshilfe großteils problematisch zu sein scheint: Insgesamt geben 11 von 19 betroffenen Personen an, dass die Reduktion der Notstandshilfe aufgrund des Partnereinkommens für sie sogar ein sehr großes Problem war. Welche Gruppen davon besonders betroffen sind und welche genauen Auswirkungen die Reduktion der Notstandshilfe hatte, kann aufgrund der geringen Fallzahl allerdings nicht mehr statistisch ausgewertet werden.

Ein klarer Zusammenhang zeigt sich zwischen der Dauer der Arbeitslosigkeit und dem Bezug der einzelnen Sozialleistungen:

Abbildung 6 Offizielle Einkommensquellen nach Dauer der Arbeitslosigkeit



Anm.: n=500; Angaben in Prozent

- Dass der Anteil an BezieherInnen des Arbeitslosengelds mit zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit abnimmt bzw. der Anteil an NotstandshilfebezieherInnen in Relation zunimmt, ist erwartbar, da letztere nur bezogen werden kann, nachdem die mögliche Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes ausgeschöpft ist. Der früheste Bezug der Notstandshilfe in den vorliegenden Daten geschah nach zwei Monaten. Dies ist jedoch die Ausnahme, in der Regel erfolgt der Bezug der Notstandshilfe frühestens nach fünf bzw. sieben Monaten.
- Überraschend hoch ist der Anteil an BezieherInnen der bedarfsorientierten Mindestsicherung bereits in den ersten Monaten der Arbeitslosigkeit. 7% der Befragten bezogen schon im ersten halben Jahr zusätzlich zu Arbeitslosengeld oder Notstandshilfe die bedarfsorientierte Mindestsicherung, vor allem Jugendliche (17%) und Niedrigqualifizierte (13%) sind häufiger darauf angewiesen.
- Einen deutlichen Anstieg nach den ersten sechs Monaten gibt es beim Bezug von Schulungsarbeitslosengeld bzw. DLU-Beihilfe. Während im ersten halben Jahr nur 2% diese Form der Beihilfen bekamen, steigt der Anteil nach sechs Monaten auf 18%, unter Langzeitarbeitslosen liegt er bei 17%.
- Auch der Pensionsvorschuss bzw. das Übergangsgeld wird mit anhaltender Dauer der Arbeitslosigkeit häufiger ausgezahlt, vor allem ältere Frauen (9% der Frauen über 40) bekommen diese Form der finanziellen Absicherung bis zum Pensionsantritt zuerkannt.

Insgesamt steigen die Sozialleistungen mit zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit an. Dass jemand, der bereits seit mehr als 12 Monaten arbeitslos ist, keine Sozialleistungen bezieht, kommt nur äußerst selten vor (6%) und erklärt sich in den meisten Fällen aus fehlenden Ansprüchen (keine österreichische Staatsbürgerschaft, fehlende Mindestdauer an arbeitslosenversicherungs-pflichtigen Beschäftigungszeiten, Selbständige). Die Mehrheit der Befragten aber gibt an, die Geldleistungen des AMS nach der Meldung regelmäßig erhalten zu haben (88%). 7% haben Geldleistungen verspätet erhalten und 6% berichten von Zeiten ohne Geldleistungen. Bei den 33 Personen, die von verspäteten Geldleistungen berichten, lag der angeführte Grund in elf Fällen in einer Verzögerung bei der Antragsbearbeitung. Jeweils zwei Personen berichten von Verzögerungen aufgrund von Sanktionen/Anspruchsverlust bzw. wegen einer Sperre aufgrund einer fristlosen Kündigung oder Selbstkündigung.

Obwohl der Beihilfenbezug ansteigt, geben mit zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit immer mehr Befragte an, dass die Sozialleistungen nicht zur Deckung der Lebensalltagskosten ausgereicht haben. Schon innerhalb der ersten sechs Monate sagen 43%, dass ihr Einkommen während der Arbeitslosigkeit nicht ausgereicht hätte, unter Befragten die länger als sechs Monate arbeitslos sind/waren sind es mehr als die Hälfte (51%). Das belegt, dass je länger die Betroffenen arbeitslos sind, desto geringer werden die Entschädigungen, auch in Ländern wie Österreich mit vergleichsweise hohen Lohnersatzleistungen.

2.2.2 Offizielle Einkommensquellen (weitere Sozialleistungen)

Oftmals entscheidend für die Deckung der Lebensalltagskosten ist der Bezug weiterer Sozialleistungen. Allerdings hat etwas weniger als die Hälfte der Befragten über die in Tabelle 9 genannten Leistungen des AMS hinaus keine weiteren Sozialleistungen bezogen (s. Tabelle 10). Von mehr als einem Drittel aller Befragten wurde die Familienbeihilfe bezogen (36%), schon deutlich seltener die Gebührenbefreiung bei ORF bzw. GIS (13%), Wohnbeihilfe bzw. Mietzinsbeihilfe (11%), Kulturpass (10%) und die Befreiung von der Rezeptgebühr (9%). Noch seltener wurden andere Sozialleistungen wie Zuzahlungen aus der bedarfsorientierten Mindestsicherung, verbilligte Fahrscheine usw. in Anspruch genommen.

Tabelle 10: Unterstützungen/Sozialleistungen

	Prozent BezieherInnen
Familienbeihilfe	36%
Gebührenbefreiung beim ORF bzw. GIS (TV, Radio, Handy)	13%
Wohnbeihilfe	11%
Kulturpass	10%
Befreiung von Rezeptgebühr	9%
Mindestsicherung oder Zuzahlung aus der BMS	6%
verbilligte Fahrscheine	5%
Kinderbetreuungsbeihilfe AMS	4%
Unterhalt bzw. Unterhaltsvorschuss	4%
Heizkostenzuschuss bzw. Energieunterstützung	2%
finanzieller Zuschuss durch Gewerkschaft	2%
Hilfe in besonderen Lebenslagen Sozialreferat	1%
Sonstiges	3%
nichts davon	42%

Anm.: Mehrfachnennungen möglich

Der Beihilfenbezug konzentriert sich stark auf die vom AMS ausgezahlten Leistungen, darüber hinaus werden weitere finanzielle Leistungen von der Hälfte *nicht bezogen*. Das widerspricht der häufigen medialen Darstellung von Arbeitslosen als Beihilfenempfänger, die eine ganze Fülle an Sozialleistungen beziehen und sich so ihr Leben finanzieren („soziale Hängematte“). Männer nehmen deutlich häufiger keine einzige zusätzliche Sozialleistung in Anspruch (50%), ebenso Singles (57%) bzw. Personen, die mit PartnerIn aber ohne Kinder im Haushalt leben (77%). Atypisch Beschäftigte und Personen mit Kindern greifen hingegen häufiger auf mehrere Unterstützungen und Sozialleistungen zurück, um ihre Existenz in der Arbeitslosigkeit abzusichern.

2.2.3 Private Einkommensquellen

Die häufigsten privaten Einkommensquellen sind in Tabelle 11 dargestellt, wobei eigene Quellen und fremde Quellen getrennt dargestellt werden. Die häufigste private Geldquelle waren dabei – wie zu erwarten – eigene Ersparnisse. Entgegen den Erwartungen aber konnte nur knapp jede/r Zweite (49%) auf eigene Ersparnisse zurückgreifen, der Rest musste auf andere Geldquellen ausweichen.

Neben den eigenen Ersparnissen sind die wichtigsten Geldquellen das Partnereinkommen (29%), finanzielle Zuwendungen aus dem Familienkreis (27%)

oder private Geldausleihen (17%). Privates Einkommen während der Arbeitslosigkeit kann aber auch aus geringfügigen Beschäftigungen (16%) oder Gelegenheitsjobs (10%) resultieren. 19% der Arbeitslosen nutzten den Überziehungsrahmen ihres Bankkontos, um ihre Kosten zu decken, einen Kredit konnten nur 5% bei ihrer Bank aufnehmen. Verkäufe oder Belehnungen von Wertgegenständen oder Schmuck wurden seltener getätigt, ebenso Vermietungen oder Verpachtungen.

Erneut überraschend hoch ist der Anteil an Arbeitslosen, die neben den offiziellen keine privaten Einkommensquellen heranzogen: 15% aller Befragten, nun aber vor allem Personen die nur kurz arbeitslos waren oder erst seit kurzem arbeitslos sind, geben an, lediglich von den offiziellen Quellen – also in erster Linie dem Arbeitslosengeld oder der Notstandshilfe – zu leben. Private Einkommensquellen werden im Unterschied zu Sozialleistungen also etwas zeitverzögert genutzt: Kurzzeitarbeitslose nutzen im Durchschnitt 2,2 private Einkommensquellen, Personen die zwischen 6 und 12 Monate arbeitslos sind im Schnitt 2,7 Quellen und Langzeitarbeitslose 2,6. Anders ausgedrückt: ein Drittel aller Kurzzeitarbeitslosen nutzt maximal *eine* private Einkommensquelle, unter Mittel- und Langzeitarbeitslosen ist das nur ein Viertel; 37% bzw. 38% nutzen hingegen drei oder mehr private Einkommensquellen, unter Kurzzeitarbeitslosen sind das nur 30%.

Tabelle 11 Private Einkommensquellen

		Prozent
Eigene Quellen	eigene Ersparnisse	49%
	Auflösung von Spar- bzw. Versicherungsverträgen	17%
	Einkommen aus geringfügiger Beschäftigung	16%
	Zuverdienst durch Gelegenheitsarbeiten	10%
	Verkäufe auf ebay, willhaben, Flohmärkte etc.	8%
	Belehnung bzw. Verkauf von Wertgegenständen/Schmuck	5%
	Vermietungen, Verpachtungen	2%
Fremde Quellen	Einkommen des/der PartnerIn	29%
	Finanzielle Zuwendungen Eltern/sonstige Verwandte/ Personen	27%
	laufende Überziehungen beim Bankkonto	19%
	Geldausleihen (privat)	17%
	Aufnahme eines Kredits	5%
	Spenden	2%
Sonstiges		3%
nichts davon		15%

Anm.: n=500; Mehrfachnennungen möglich

Frauen geben häufiger an, auf das Einkommen des Partners zurückzugreifen (36%), beziehen aber auch häufiger Einkommen aus geringfügiger Beschäftigung (20%). Jüngere werden seltener vom/von der PartnerIn unterstützt (14%), erhalten dafür aber häufiger Zuwendungen von den Eltern bzw. Verwandten oder anderen Personen (49%) und leihen sich häufiger privat Geld (29%). Personen mit höheren formalen Bildungsabschlüssen beziehen häufiger Einkommen aus geringfügiger Tätigkeit, greifen häufiger auf eigene Ersparnisse zurück und nehmen dafür seltener Kredite auf bzw. leihen privat Geld aus. Befragte mit Migrationshintergrund können seltener auf eigene Ersparnisse zurückgreifen (40%) und nehmen etwas häufiger Kredite auf (8%).

Personen, die mit PartnerIn aber ohne Kinder im Haushalt leben, greifen häufiger auf eigene Ersparnisse (69%) sowie auf das Einkommen des/der PartnerIn zurück (52%). Sie überziehen seltener ihr Konto laufend (10%) und lösen seltener Spar- bzw. Versicherungsverträge auf (9%). Singles leihen sich hingegen besonders häufig privat Geld aus (26%) und lösen etwas häufiger Spar- bzw. Versicherungsverträge (22%). Personen, die sowohl mit PartnerIn und Kind(ern) im Haushalt leben, können seltener auf eigene Ersparnisse zurückgreifen (41%), dafür wird häufiger das Einkommen des/der PartnerIn herangezogen (59%). Während seltener privat Geld ausgeliehen wird (12%), werden etwas häufiger Kredite aufgenommen (8%). Zuwendungen von Eltern, Verwandten oder anderen Personen kommen in diesen Familien seltener vor (15%).

Bei AlleinerzieherInnen spielt die Aufnahme von Krediten eine geringere Rolle (4%), während das Bankkonto häufiger laufend überzogen wird (42%) und auch Zuwendungen von Eltern etc. wichtiger sind (37%). Besonders häufig beziehen AlleinerzieherInnen auch Einkommen aus geringfügiger Beschäftigung (26%). 11% geben an, Wertgegenstände zu belehnen oder zu verkaufen, 24% lösen Spar- bzw. Versicherungsverträge auf.

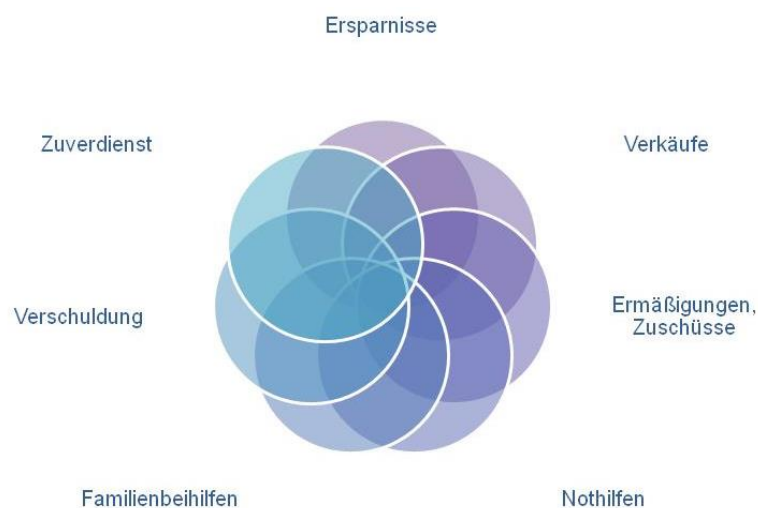
Besonders starke Unterschiede zeigen sich zwischen ArbeiterInnen und Angestellten: ArbeiterInnen können deutlich seltener auf eigene Ersparnisse zurückgreifen (35%), ebenso auf das Einkommen des/der PartnerIn (20%). Dafür werden häufiger Kredite aufgenommen (10%) und privat Geld ausgeliehen (22%). Jede/e fünfte befragte ArbeiterInnen greift auf keine private Einkommensquelle zurück, unter den Angestellten ist das nur jede/r zehnte.

Personen, die zuletzt überwiegend atypisch beschäftigt waren, verdienen auch während der Arbeitslosigkeit häufig durch geringfügige Beschäftigung (22%) und/oder Gelegenheitsarbeiten (14%) dazu. Personen, die in den letzten fünf Jahren häufiger aber dafür kürzer arbeitslos waren, können häufiger auf eigene Ersparnisse zurückgreifen (53%) als jene, die in der Vergangenheit schon einmal langzeitarbeitslos waren (43%). Diese sind wiederum stärker

auf finanzielle Zuwendung seitens Eltern oder Verwandten (34%) und das Einkommen des Partners/der Partnerin (28%) angewiesen.

Im Wesentlichen lassen sich die unterschiedlichen Einkommensquellen (abseits der vom AMS ausgezahlten Sozialleistungen in Tabelle 9) und privaten finanziellen Quellen zu sieben unterschiedlichen Dimensionen zusammenfassen. Das bestätigt auch eine durchgeführte Faktoranalyse. Die häufigste Form der finanziellen Unterstützung erfolgt dabei in Form des Rückgriffs auf Ersparnisse. Daneben sind vor allem familiäre soziale Netze wichtig bei der Absicherung des Einkommens während der Arbeitslosigkeit, entweder in Form direkter Familienbeihilfen (Familienbeihilfe, Kinderbetreuungsbeihilfe des AMS), durch finanzielle Zuwendungen seitens des Partners/der Partnerin oder durch Unterhaltszahlungen (bzw. Bevorschussung). An dritter Stelle rangieren Verschuldungen, entweder bei Banken oder Privatpersonen. Weitere finanzielle Quellen stellen Zuverdienste in geringfügigen oder Gelegenheitsjobs dar. Ermäßigungen oder finanzielle Zuschüsse, etwa durch Gebührenbefreiung, verbilligte Fahrscheine oder Wohnbeihilfen, stellen ebenfalls eine Erleichterung für arbeitslos gewordene Personen dar. Verkäufe, etwa auf Flohmärkten oder im Internet, kommen wie oben gezeigt nur selten vor, ebenfalls Nothilfen in Form von Spenden oder Unterstützung des Sozialreferats.

Abbildung 7 Dimensionen der Einkommensquellen

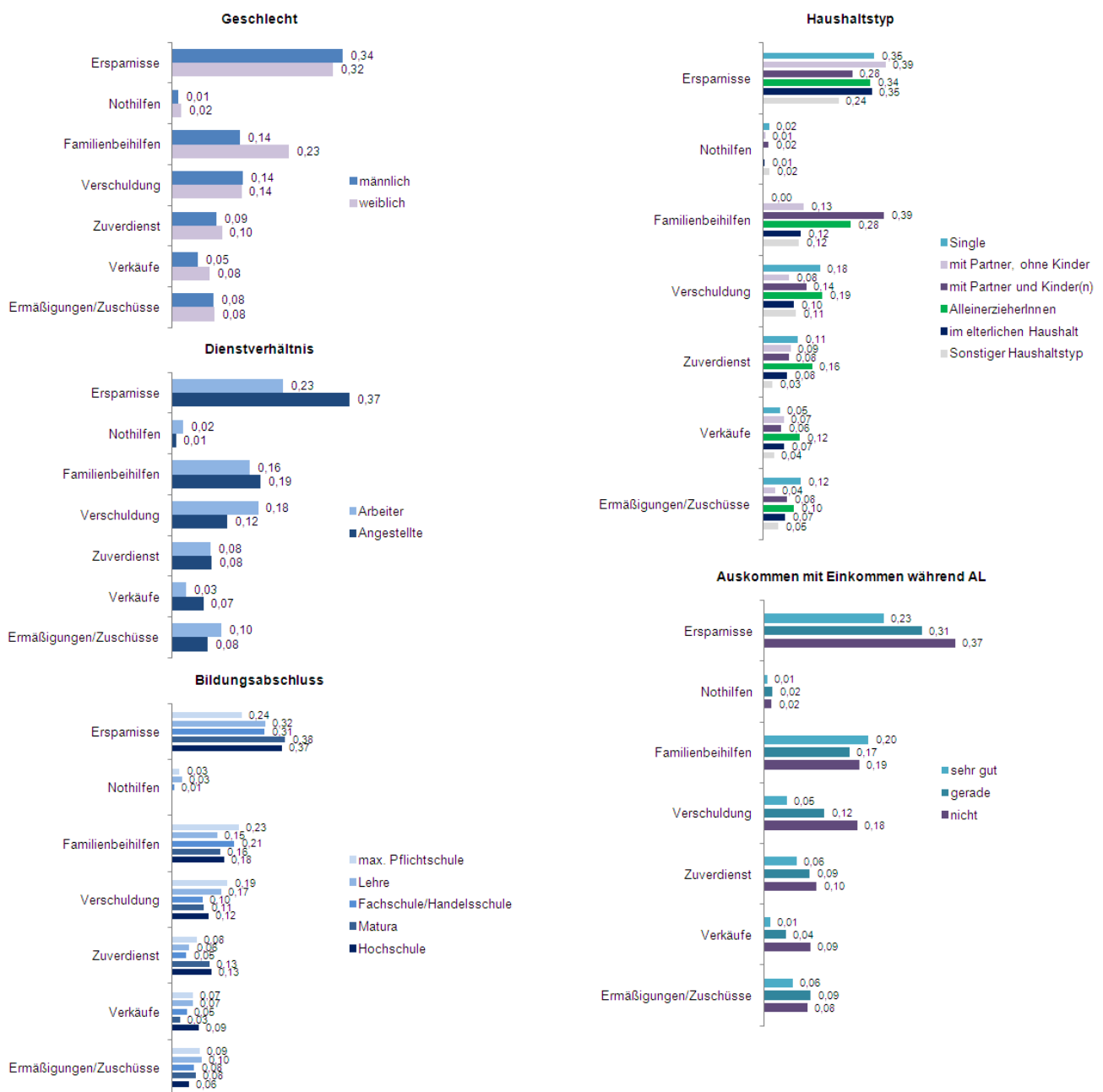


Der Mittelwertsvergleich dieser unterschiedlichen Faktoren nach ausgewählten Gruppen verdeutlicht nochmal, dass:

- Frauen häufiger auf Familienbeihilfen, vor allem Beihilfen aus dem Familienkreis und hier insbesondere auf das Partnereinkommen, zurückgreifen;
- Angestellte und Höher Qualifizierte häufiger auf Ersparnisse zurückgreifen können, ArbeiterInnen und Niedrigqualifizierte hingegen häufiger Geldausleihen und Verschuldungen als Strategie wählen;

- (c) Personen mit PartnerIn und Kind(ern) entsprechend häufiger Familienbeihilfen beziehen als Personen ohne PartnerIn und Kind(ern), aber auch häufiger als AlleinerzieherInnen; Singles und AlleinerzieherInnen verschulden sich hingegen häufiger, AlleinerzieherInnen verkaufen häufiger Dinge aus ihrem Privatbesitz;
- (d) Personen, die in der Arbeitslosigkeit nicht mit ihrem Einkommen ausgekommen sind, haben häufiger ihre Ersparnisse aufgebraucht und sich danach häufiger verschuldet.

Abbildung 8 Einkommensquellen (Häufigkeit) nach Merkmalen



Schaut man sich die Formen der finanziellen Unterstützungen je nach Einkommenssituation der Person vor der Arbeitslosigkeit an, wird schnell deutlich, dass insbesondere in Bezug auf Verschuldungen und Geldausleihen deutliche Unterschiede bestehen. Arbeitslose, die bereits vor der Arbeitslosigkeit nicht mit ihrem Einkommen ausgekommen sind, geben zu 14% an, einen Kredit aufgenommen zu haben, das ist doppelt so häufig wie jene, die angeben, vor der Arbeitslosigkeit zumindest noch knapp mit ihrem Einkommen ausgekommen zu sein. Personen hingegen, deren Einkommen vor der Arbeitslosigkeit sehr gut bzw. vollkommen ausgereicht hat, mussten de facto nur in Ausnahmesituationen auf Kredite zurückgreifen (1%). Gab es jedoch Schwierigkeiten bei der Aufnahme eines Kredits, mussten Personen, die schon vor der Arbeitslosigkeit nicht mit ihrem Einkommen ausgekommen sind, auf Geldausleihen bei Privatpersonen zurückgreifen: mehr als jede/r Vierte (28%) gibt an, sich bei Bekannten Geld ausgeliehen zu haben, unter jenen, deren Einkommen vor der Arbeitslosigkeit knapp gereicht hat waren es 20%, unter jenen, bei denen das Einkommen sehr gut oder vollkommen ausgereicht hat, nur 12%.

2.2.4 Geldausleihen

Werden Kredite aufgenommen, handelt es sich in der Regel um Kredite von Banken bzw. Sparkassen. Bei privaten Geldleihen wird das Geld in erster Linie von Verwandten geliehen, weniger häufig wird von Freunden oder Bekannten geliehen. Von der/dem PartnerIn oder sonstigen Personen wird nur sehr selten Geld aktiv *ausgeliehen*.

Über ein Drittel der Befragten (36%) gibt an, sich privat Geld ausgeliehen zu haben und/oder finanzielle Zuwendungen von Eltern, Verwandten oder sonstigen Personen erhalten zu haben. Für mehr als die Hälfte dieser Personen (51%) war die Annahme des Geldes mit einer großen Überwindung verbunden. Allerdings ist zu beachten, dass es sich bei Personen, die *finanzielle Zuwendungen* erhalten haben, überdurchschnittlich häufig um jüngere Personen handelt, die zum Teil auch noch im elterlichen Haushalt leben und die Hemmschwelle, Geld von den Eltern anzunehmen, in dieser Situation geringer ist als bei anderen Personen. Betrachtet man stattdessen nur jene Personen, die sich privat Geld ausgeliehen haben (17% der Befragten), war diese Ausleihe sogar für über zwei Drittel mit einer sehr großen Überwindung verbunden.

Die Annahme bzw. Ausleihe von Geld ist besonders für ältere Befragte mit einer großen Überwindung verbunden (56% der über 45jährigen). Menschen mit niedrigerem formalem Bildungsniveau (68% der Personen mit maximal Pflichtschulabschluss) fällt es ebenfalls schwerer als etwa Menschen mit höherer

formaler Qualifikation. Personen mit niedrigen formalen Bildungsabschlüssen wenden sich seltener an Freunde bzw. Bekannte (17%). Besonders häufig an Freunde bzw. Bekannte und dafür etwas seltener an die Familie wenden sich Singles (37%).

Auffällig ist: Frauen kostet es mehr Überwindung als Männer, finanzielle Zuwendungen anzunehmen (59% zu 45% der Männer). Sie wenden sich eher an Familie und Verwandte (85%) als Männer (78%), die häufiger von Freunden oder Bekannten Geld ausleihen bzw. annehmen (31%). Das steht im Gegensatz zur These, wonach Männer sich für ihre Arbeitslosigkeit mehr schämen als Frauen (vgl. Furaker/Blomsterberg 2003), belegt aber, dass Frauen in der Arbeitslosigkeit auf andere soziale Netzwerke zurückgreifen als Männer.

2.3 Finanzielle Situation in der Arbeitslosigkeit

Die Ergebnisse zeigen, dass arbeitslos gewordene Personen auf unterschiedliche finanzielle Mittel zurückgreifen, die ihnen das Auskommen jedoch nicht garantieren. Ein Fünftel der Befragten gibt an, vor der Arbeitslosigkeit sehr gut mit ihrem Erwerbseinkommen ausgekommen zu sein, für 28% reichte es vollkommen aus. Bei 39% reichte das Einkommen auch schon vor der Arbeitslosigkeit nur knapp aus, für 12% gar nicht. In den meisten Fällen bekamen die arbeitslos gewordenen Befragten unmittelbar nach der Meldung beim AMS das Arbeitslosengeld (per definitionem „zur Existenzsicherung als teilweiser Ersatz für den Einkommensverlust durch Arbeitslosigkeit und als Überbrückung für die Zeit der Arbeitsuche.“¹¹) Erlischt der Anspruch auf Arbeitslosengeld, bekommen die Personen in den meisten Fällen Notstandshilfe zugesprochen. Diese zwei Transferleistungen stellen die häufigsten finanziellen Zuschüsse zur Existenzsicherung Arbeitsloser dar. Daneben beziehen 36% die Familienbeihilfe, 13% sind bei den Rundfunkgebühren gebührenbefreit und ca. jede/r Zehnte erhält eine Wohnbeihilfe bzw. den Kulturpass. In Bezug auf sonstige Quellen stellen eigene Ersparnisse nur für rund die Hälfte der Befragten eine zusätzliche Einkommensquelle dar, 29% nannten darüber hinaus das PartnerInneneinkommen oder finanzielle Zuwendungen von Eltern oder Bekannten.

Die Vielzahl an abgefragten Möglichkeiten, Einkommen während der Arbeitslosigkeit zu erwerben, soll jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Befragten im Durchschnitt zwar zwei offizielle, d.i. vom AMS ausgezahlte Leistungen, beziehen, darüber hinaus aber lediglich *eine* weitere soziale

¹¹ Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz: Basisinformationsbericht Österreich. Berichtsjahr 2012/13. Institutionen, Verfahren, Maßnahmen. [online unter: http://www.sozialministerium.at/cms/site/attachments/2/7/9/CH2124/CMS1249975678352/130813_basisinformation_sbericht2013_deutsch.pdf]

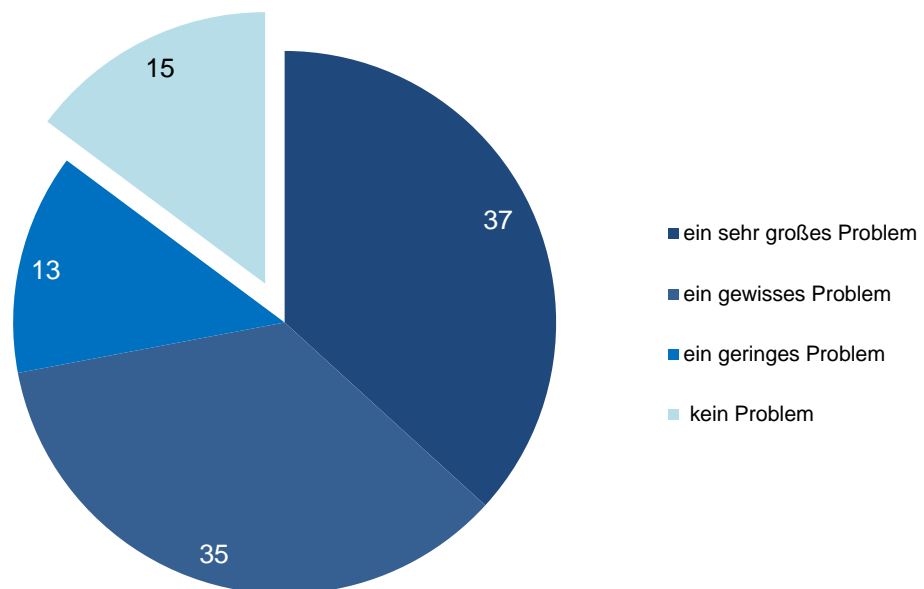
Unterstützungsleistung und zwei private Einkommensquellen nützen können. Über mindestens eine private Einkommensquellen verfügen fast alle – diese reichen wie gezeigt von eigenen Ersparnissen über Zuverdienste bis hin zu Geldausleihen oder finanzielle Zuwendungen seitens Dritter – , aber 8% der Befragten geben an, überhaupt keine Leistungen vom AMS zu beziehen und 42% sagen, sie beziehen keine sonstigen Sozialleistungen.

Das durchschnittliche Einkommen während der Arbeitslosigkeit liegt bei 796 Euro netto im Monat. Im Schnitt verloren die Arbeitslosen damit 44% ihres vorherigen Erwerbseinkommens, das sind 624 Euro. Die soziodemografische Analyse zeigt, dass jene Personen, die vor der Arbeitslosigkeit über ein höheres Einkommen verfügten (Höherqualifizierte, Männer, Ältere, Angestellte und Personen in Normalarbeitsverhältnissen) auch in der Arbeitslosigkeit höhere Sozialleistungen und finanzielle Zuwendungen bezogen. Damit erklärt sich, dass immerhin noch 69% jener Personen, die vor der Arbeitslosigkeit sehr gut von ihrem Erwerbseinkommen leben konnten, angeben, auch in der Arbeitslosigkeit von den finanziellen Zuschüssen leben zu können. In der Gruppe jener, die auch schon vor der Arbeitslosigkeit nur knapp oder gar nicht mit ihrem Einkommen leben konnten, sagen 60% bzw. 75%, dass sie ihre Existenz mit den finanziellen Mitteln allein nicht sichern können.

Insgesamt berichten 31%, ihr Einkommen habe sich im Vergleich zu vor der Arbeitslosigkeit um bis zu einem Drittel verringert, 26% sagen, sie hätten zwischen einem Drittel und der Hälfte des Einkommens verloren, und die größte Gruppe von 43% gibt an, sie habe durch die Arbeitslosigkeit mehr als die Hälfte ihre vorherigen Einkommens verloren. Dabei ist zu beachten, dass vor allem jene Personen plötzlich mit weniger Einkommen auskommen mussten, die vor der Arbeitslosigkeit über ein höheres Einkommen verfügten, während jene, die auch schon vor der Arbeitslosigkeit ein niedrigeres Einkommen hatten, in Relation weniger Einkommenseinbußen hatten. Das besagt jedoch nicht, dass diese in niedrigerem Ausmaß Einsparungen treffen mussten, sondern umgekehrt, dass sie in weniger Bereichen überhaupt Sparmaßnahmen einleiten *konnten* (vermutlich weil sie diese schon während der Erwerbstätigkeit eingeleitet hatten, um mit den niedrigeren Einkommen auszukommen).

37% der Befragten geben an, dass die finanziellen Einbußen in der Arbeitslosigkeit folglich ein sehr großes Problem darstellen, 35% sagen diese seien ein gewisses Problem. Nur 13% bzw. 15% geben hingegen an, dass der Einkommensverlust in der Arbeitslosigkeit für sie eigentlich nur ein geringes oder gar kein Problem darstellte.

Abbildung 9 Einschätzung der finanziellen Einbußen in der Arbeitslosigkeit



Anm.: n=500; Angaben in Prozent

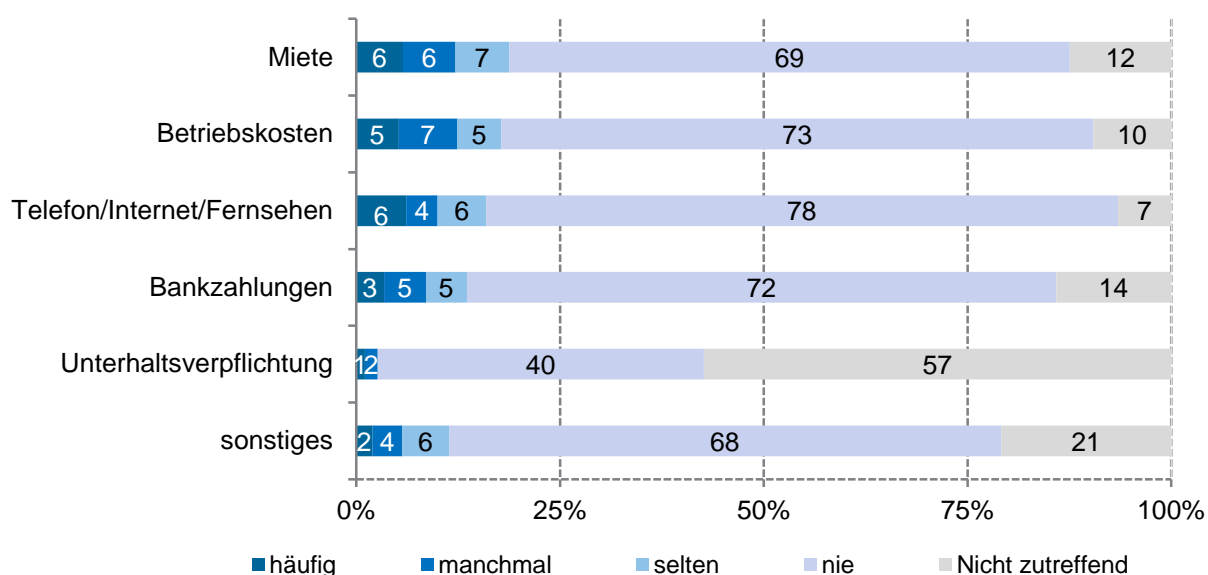
Diese Ergebnisse führen zur Frage, auf welche Strategien abseits finanzieller Quellen arbeitslos gewordenen Personen zurückgreifen, um mit den niedrigeren Einkommen über die Runden zu kommen, und welche Maßnahmen sie setzen, um ihre Existenz zu sichern.

3 Bewältigungsstrategien zur Existenzsicherung

3.1 Zahlungsverzug

Die Schwierigkeit der finanziellen Lage in der Arbeitslosigkeit wird anhand der Frage nach Zahlungsverzug während der Arbeitslosigkeit besonders deutlich. Gefragt wurde dabei nach dem Vorkommen eines Zahlungsverzugs bei Miete, Betriebskosten, Kosten für Telefon/Internet/Fernsehen, Bankzahlungen, Unterhaltsverpflichtungen und sonstigen offenen Rechnungen (s. Abbildung 10). Am häufigsten kommt es unter allen Befragten zu Zahlungsverzügen bei Mieten, am seltensten bei Unterhaltsverpflichtungen.

Abbildung 10 Zahlungsverzug



Anm.: n=500; Angaben in Prozent

Knapp ein Drittel der Befragten (34%) gibt an, dass es in mindestens einem der abgefragten Bereiche während der Arbeitslosigkeit zu Zahlungsverzügen gekommen ist. Bei 22% ist es in mindestens zwei Bereichen und bei 14% in mindestens drei Bereichen zu einem Zahlungsverzug gekommen.

Besonders häufig von Zahlungsverzügen berichten AlleinerzieherInnen (54%). Unter Personen mit Pflichtschul- oder Lehrabschluss als höchster abgeschlossener Ausbildung ist ebenfalls etwa die Hälfte der Befragten betroffen. Jüngere sind stärker betroffen als ältere Befragte: Bei den unter 30jährigen berichten 43% von Zahlungsverzügen während der Arbeitslosigkeit.

Berechnet man das Vorkommen von Zahlungsverzug nur für jene Gruppen, auf die die jeweiligen Kosten zutreffen, bestätigt sich im Wesentlichen das

obige Bild: am häufigsten kam es unter Arbeitslosen zum Zahlungsverzug bei der Miete (21%) und den Betriebskosten (20%) gefolgt von den Rechnungen für Internet/Telefonie/Fernsehen (17%) und Bankzahlungen (16%).

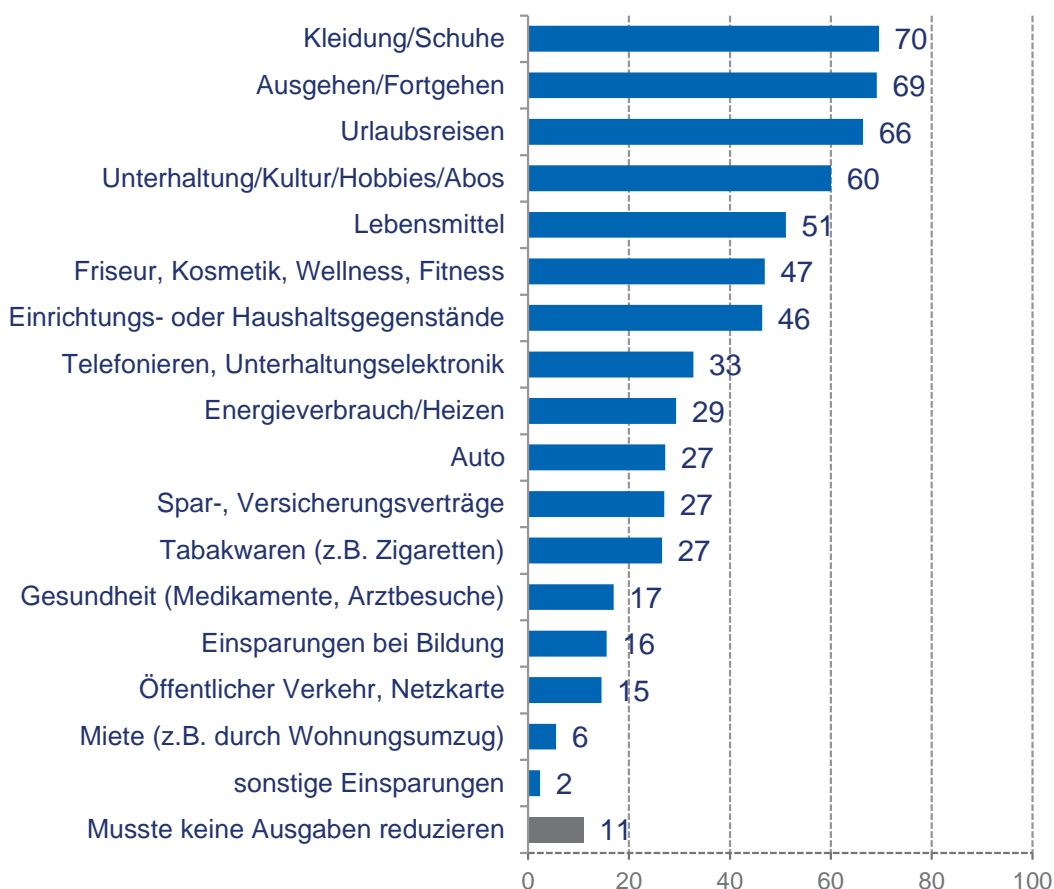
Tabelle 12 Zahlungsverzug (jeweils Betroffene, die Zahlungen tätigen mussten)

	häufig	manchmal	selten	nie	n
Miete	7%	7%	8%	79%	438
Betriebskosten	6%	8%	6%	80%	452
Telefon/Internet/Fernsehen	7%	4%	6%	83%	467
Bankzahlungen	4%	6%	6%	84%	430
Unterhaltsverpflichtung	2%	4%	1%	93%	215
sonstiges	3%	5%	7%	86%	396

3.2 Ausgabenreduktionen/Sparmaßnahmen

Um die laufenden Kosten decken zu können, trafen die befragten arbeitslosen Personen in erster Linie Sparmaßnahmen. In welchen Bereichen während der Arbeitslosigkeit Ausgaben eingespart wurden, ist in Abbildung 11 dargestellt.

Abbildung 11 Ausgabenreduktion



Anm.: n=500; Angaben in Prozent

Insgesamt berichten neun von zehn Befragten von Ausgabenreduktionen während der Arbeitslosigkeit; dass jemand seine oder ihre Ausgaben nicht reduzieren musste, kam also nur in Ausnahmefällen vor. Drei Viertel der Befragten haben Ausgaben in mindestens drei Bereichen reduziert, knapp die Hälfte in mindestens sechs Bereichen. Ein Viertel der Befragten berichtet von Reduktionen in mindestens zehn der genannten Bereiche. Von diesen umfassenden Sparmaßnahmen in mindestens zehn Bereichen sind überdurchschnittlich häufig ältere Befragte (31% der über 46jährigen), Singles (30%), AlleinerzieherInnen (37%) und ehemals leitende Angestellte (30%) betroffen.

Ältere und höher gebildete Befragte berichten häufiger von Ausgabenreduktionen. Hier ist allerdings zu bedenken, dass für Personen, die vor der Arbeitslosigkeit über ein geringes Einkommen verfügten, viele Ausgaben schon zu dieser Zeit nicht möglich waren und daher die Einsparungspotentiale geringer sind: So haben 30% der leitenden Angestellten in zehn oder mehr Bereichen gespart, aber nur 22% der (einfachen) Arbeiter. Anders stellt sich die Situation für HochschulabsolventInnen dar: Hier berichten nur 10% von Ausgabenreduktionen in zehn oder mehr Bereichen.

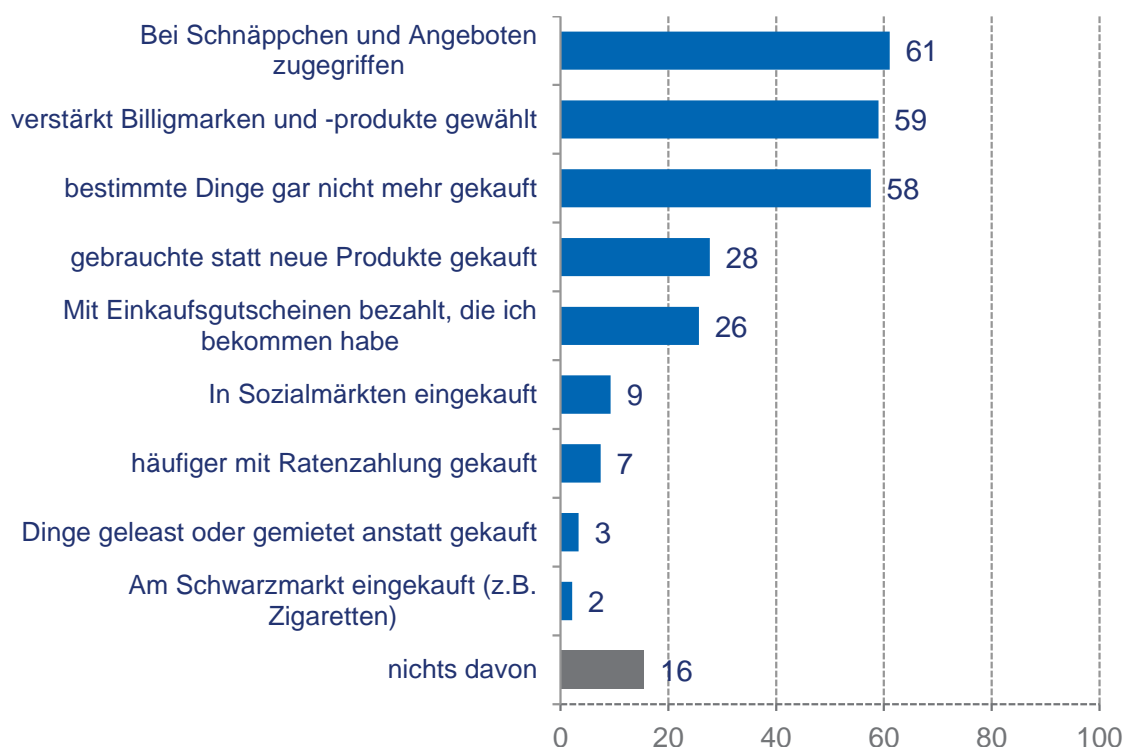
Personen, die vor der Arbeitslosigkeit sehr gut mit dem Einkommen ausgekommen sind, berichten häufiger über Einsparungen bei Spar- und Versicherungsverträgen und Neuanschaffungen von Haushalts- und Einrichtungsgegenständen. Personen, die schon vor der Arbeitslosigkeit nicht mit dem Einkommen ausgekommen sind, berichten hingegen besonders häufig von Einsparungen bei Alltagsdingen wie Lebensmitteln (73%) sowie Kleidung und Schuhen (71%).

Die in Abbildung 11 aufgeführten Sparmaßnahmen lassen sich im Wesentlichen in drei Cluster einordnen. Die häufigsten Sparmaßnahmen betreffen demnach den Alltag, d.h. Dinge, die im Alltag besorgt oder erledigt werden wie z.B. Lebensmittel, Kleidung, Fortgehen oder Hobbies. Im mittleren Feld finden sich jene Dinge, die den Lebensstandard definieren, dazu gehören Dinge wie das Auto, Unterhaltungselektronik, Tabakwaren oder Spar- und Versicherungsverträge. Schließlich lassen sich Dinge wie Miete, Gesundheit und Bildung jenem Bereich zuordnen, der einen existenziellen Anteil an der sozialen Teilhabe ausmacht. Insofern überrascht es nicht, dass in diesen Dingen am seltensten gespart wird. Gleichzeitig zeigt sich, dass sich mit zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit das Sparpotenzial in den ersten beiden Bereichen erschöpft: während Kurzarbeitslose zu 15% sagen, sie mussten überhaupt keine Ausgaben reduzieren, kommt das bei Langzeitarbeitslosen deutlich seltener vor (8%); umgekehrt müssen Langzeitarbeitslose in 9% der Fälle auch an der Miete, in 21% bei der Bildung und in 24% bei der Gesundheit sparen.

Insofern verweist die Frage der Ausgabenreduktion auch auf das Ausmaß der gesellschaftlichen Teilhabe bzw. die negativen Konsequenzen, die Arbeitslosigkeit auf diese Teilhabe hat. Die massiven Einsparungen, die in den Bereichen Kleidung und Lebensmittel getätigt werden, deuten auf eine materielle Deprivation als Folge von Arbeitslosigkeit hin, die häufigen Ausgabenreduktionen in den Bereichen Ausgehen/Fortgehen, Urlaubsreisen, Unterhaltung und Kultur auf eine soziale Deprivation. Die Ergebnisse belegen damit, dass es in der Arbeitslosigkeit zu einer *multiplen* Deprivation kommt, d.h. dass sowohl auf materieller Seite als auch in sozialen Belangen eingespart werden muss, um die Existenz zu sichern (vgl. Townsend 1979).

Neben der Ausgabenreduktion wurden auch noch eine Reihe weiterer Bewältigungsstrategien in Bezug auf das Konsumverhalten abgefragt.

Abbildung 12 Weitere Bewältigungsstrategien



Anm.: n=500; Angaben in Prozent; Mehrfachnennungen möglich

Insgesamt geben fünf von sechs Befragten an, auf mindestens eine der genannten Bewältigungsstrategien zurückgegriffen zu haben. Die Hälfte der Befragten hat drei oder mehr der Strategien verfolgt. Besonders Frauen greifen häufig auf solch Strategien zurück: 57% haben drei oder mehr Strategien

verwendet. Dasselbe gilt für leitende Angestellte (61%) im Vergleich zu HochschulabsolventInnen (43%): ehemals leitende Angestellte kaufen z.B. häufiger gebrauchte anstatt neuer Produkte.

Im Grunde hängen Art und insbesondere Umfang der eingeleiteten Sparmaßnahmen von der jeweiligen individuellen Situation in der Arbeitslosigkeit (direkt) und von der Situation vor der Arbeitslosigkeit (indirekt) ab, d.h. von der Dauer der Arbeitslosigkeit, der Höhe der finanziellen Einbußen und den Aussichten auf die nächsten Monate. Je länger die Arbeitslosigkeit andauert, je höher die finanziellen Einbußen und je pessimistischer die Personen sind, was die Verbesserung ihrer Situation (etwa in Form von Arbeitsaufnahme) angeht, desto *häufiger* und *umfassender* werden Sparmaßnahmen getätigt.

Die Höhe der Einsparungen muss dabei in Relation zur Verringerung der finanziellen Mittel in der Arbeitslosigkeit gesehen werden. Neun von zehn Befragten geben an, dass sich ihre Ausgaben während der Arbeitslosigkeit reduziert haben. Im Durchschnitt betragen die Einsparungen 324 Euro. Etwa ein Viertel der Befragten hat bis zu 200 Euro eingespart, ebenso viele zwischen 201 und 400 Euro und ein weiteres Viertel über 400 Euro. 15% machten keine Angabe zur Höhe ihrer Einsparungen. 9% geben an, ihre Ausgaben haben sich nicht reduziert.

Je nach Einkommensniveau vor der Arbeitslosigkeit haben diese eingesparten Absolutbeträge für die Betroffenen natürlich eine ganz unterschiedliche Bedeutung. Daher wurde die eingesparte Summe in Bezug zum persönlichen Nettoeinkommen vor der Arbeitslosigkeit gesetzt.¹² Zwei Drittel der Befragten sparen zumindest 15% ihres persönlichen Nettoeinkommens vor der Arbeitslosigkeit an Ausgaben ein. Jede/r dritte Befragte spart 30% oder mehr ein und jede/r zehnte spart die Hälfte oder mehr ein.

3.3 Deckung der Lebenskosten und Armutsgefährdung

Insgesamt geben 44% der Befragten an, dass sie während der Arbeitslosigkeit ihre Ausgaben mit den Einnahmen *nicht* decken konnten. Der Anteil liegt in etwa auf dem Niveau der offiziellen Armutsgefährdungsquote von Arbeitslosen in Österreich (45%, Quelle: Eurostat EU-SILC). Auf Basis der Angaben derzeit arbeitsloser Befragter zu ihrem Einkommen wurde deshalb versucht, auf das Äquivalenzeinkommen der Befragten zu schließen. Dahinter steht die Berechnung des Gesamteinkommens eines Haushalts geteilt durch die Zahl der Haushaltmitglieder und umgerechnet in Erwachsenenäquivalente. Die Be-

¹² Da die Höhe der Einsparung in Kategorien abgefragt wurde, wurde für diese Berechnung der Mittelwert der jeweiligen Kategorie herangezogen.

rechnung stellt jedoch nur eine Annäherung dar, da das Haushaltseinkommen nur in Kategorien abgefragt wurde.¹³ Außerdem ist zu beachten, dass das Äquivalenzeinkommen nur für *derzeit arbeitslose* Befragte berechnet werden konnte, was bei der Interpretation der Ergebnisse unbedingt zu berücksichtigen ist.

Der Mittelwert des Äquivalenzeinkommens von derzeit arbeitslosen Befragten liegt bei 956 Euro, der Median bei 860 Euro. Auf Basis dieser Schätzung wären 65% der derzeit arbeitslosen in der Stichprobe armutsgefährdet (haben weniger als 1090 Euro äquivalisiertes Nettohaushaltseinkommen zur Verfügung). Demnach besonders häufig armutsgefährdet sind:

- Langzeitarbeitslose, die seit 12 Monaten oder länger arbeitslos sind (72%)
- Jüngere Personen (81% der unter 30jährigen)
- Niedrigqualifizierte (86% der Personen mit maximal Pflichtschulabschluss)
- MigrantInnen der ersten Generation (74%) und Personen ohne die österreichische Staatsbürgerschaft (75%)
- Ehemals ArbeiterInnen (81%) und Personen, die in den letzten fünf Jahren vorwiegend atypisch beschäftigt waren (69%).

Wie gingen diese Gruppen mit ihrer höheren Armutsgefährdung um bzw. welche Strategien verfolgten sie, um ihre Existenz dennoch abzusichern?

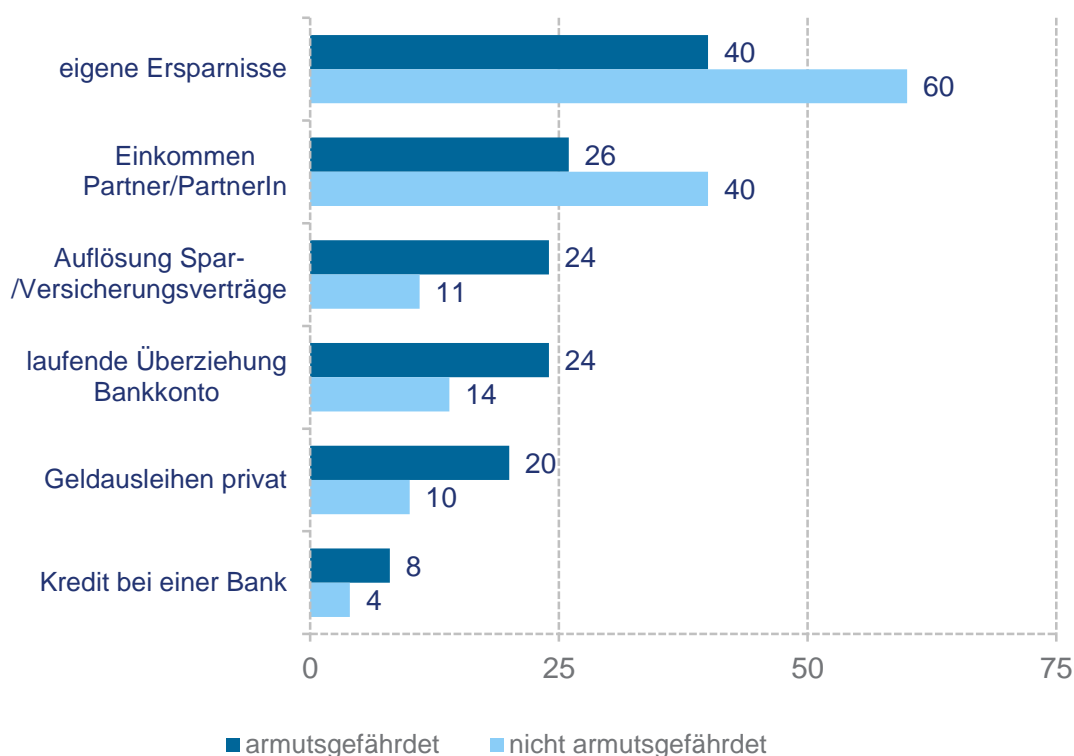
Zum einen ist hinsichtlich offizieller Einkommensquellen festzustellen, dass aufgrund der in den meisten Fällen schon längeren Arbeitslosigkeit armutsgefährdete Personen seltener das Arbeitslosengeld (51%), dafür häufiger Notstandshilfe (47%) sowie die bedarfsorientierte Mindestsicherung (13%) beziehen. Darüber hinaus beziehen sie häufiger Familienbeihilfe (41%), Wohnbeihilfe (20%), eine Gebührenbefreiung (21%) sowie kleinere Beihilfen in Form von verbilligten Fahrscheinen (9%) oder dem Kulturpass (14%).

¹³ Das verfügbare Äquivalenzeinkommen wurde in drei Schritten berechnet:

1. Die Antworten der Befragten zum Haushaltseinkommen geschahen in Form von Zuordnungen zu Einkommenskategorien. Für die Berechnung wurden daher die Mittelwerte der jeweiligen Kategorien berechnet.
2. Um den unterschiedlichen Haushaltsgrößen und -zusammensetzungen Rechnung zu tragen, wird das (Netto-)Gesamteinkommen des Haushalts anhand einer in Anlehnung an die OECD-Äquivalenzskala berechnete Äquivalenzskala durch die Zahl der Erwachsenenäquivalente geteilt (es wird eine Gewichtung aller Haushaltsmitglieder vorgenommen, anschließend werden diese Gewichte zur Haushaltsäquivalenzgröße aufaddiert): 1,0 für das erste erwachsene Haushaltsmitglied, 0,5 für das zweite erwachsene Haushaltsmitglied und jedes weitere Haushaltsmitglied im Alter von 10 Jahren und darüber (OECD: 14 Jahren und darüber), 0,3 für jedes Kind unter 10 Jahren (OECD: 14 Jahren).
3. Die daraus resultierende Zahl ist das verfügbare Äquivalenzeinkommen, das jedem Haushaltsmitglied in gleicher Höhe zugeordnet wird.

Besonders auffällig: nur 40% konnten auf eigene Ersparnisse zurückgreifen, und nur etwa ein Viertel auf das Einkommen des/der Partners/in. Insofern mussten sie auf andere Strategien ausweichen: neben der Auflösung von Spar- und Versicherungsverträgen waren das allerdings vor allem Strategien in Form von Verschuldungen bzw. Geldausleihen – 8% konnten einen Kredit bei einer Bank aufnehmen, 24% mussten aber ihr Bankkonto laufend überziehen und 20% haben sich privat Geld ausgeliehen (s. Abbildung 13).

Abbildung 13 Ausgewählte Bewältigungsstrategien derzeit Arbeitslose nach Armutsgefährdung

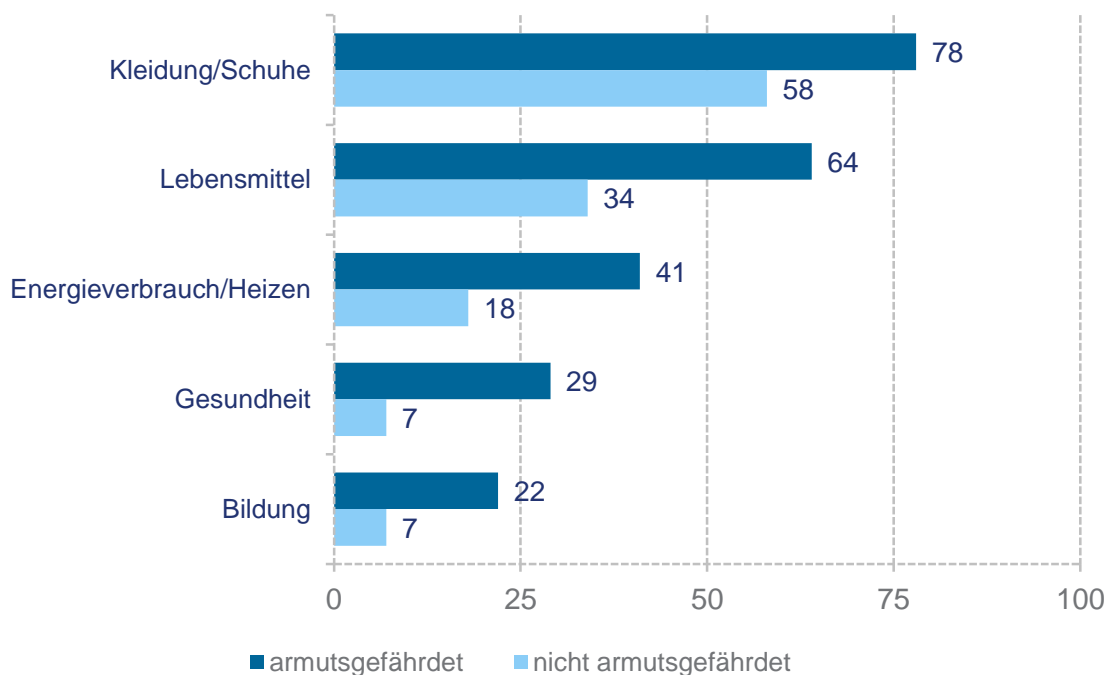


Anm.: n=320; Angaben in Prozent; Mehrfachnennungen möglich

Der höheren Armutsgefährdung musste von diesen Personen mittels teils drastischen Sparmaßnahmen entgegnet werden, und das vor allem in alltäglichen Bereichen wie Kleidung, Lebensmittel, sozialen Aktivitäten wie Fortgehen, Unterhaltung und Hobbies sowie Heizen oder Telefonie. Besonders dramatisch: 29% der als armutsgefährdet identifizierten Befragten geben an, sie hätten auch bei der Gesundheit in Form von Medikamenten oder Arztbesuchen gespart, bei der Bildung haben 22% der Armutsgefährdeten sparen müssen (s. Abbildung 14). Das alles führt zum Schluss, dass die Arbeitslosigkeit deutliche Spuren im Leben der armutsgefährdeten Frauen und Männer sowie deren Angehörigen hinterlässt. Einkommensverluste in Kombination mit

selten vorhandenen Rücklagen zwingen sie stärker zum Konsumverzicht und beschränken ihre Möglichkeiten, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen.

Abbildung 14 Ausgewählte Sparmaßnahmen derzeit Arbeitslose nach Armutsgefährdung



Anm.: n=320; Angaben in Prozent; Mehrfachnennungen möglich

Die Strategien der armutsgefährdeten derzeit Arbeitslosen zielten vor allem auf Einsparungen beim Einkauf ab: 70% haben verstärkt Billigmarken und -produkte gewählt, zwei Drittel haben bestimmte Dinge gar nicht mehr gekauft. 69% haben bei Schnäppchen und Angeboten zugriffen, 11% in Sozialmärkten eingekauft.

In welchen Bereichen unterscheiden sich nun jene, die hohe Einkommenseinbußen aufgrund ihrer Arbeitslosigkeit hinnehmen mussten und trotzdem davon leben konnten von jenen, die mit ihrem Einkommen nicht mehr ausgekommen sind? Jene, die zwischen einem Drittel und der Hälfte des Einkommens verloren haben und sagen es reichte dennoch, haben öfters dazuverdient (geringfügig bzw. Gelegenheitsjobs), beim Konsumverhalten wurde hingegen weniger gespart, allein Billigprodukte und -marken wurden verstärkt gewählt. Der gravierendste Unterschied zwischen den beiden Gruppen ist jedoch der Bezug des Arbeitslosengeldes: Von jenen, die die Ausgaben decken können, beziehen 74% Arbeitslosengeld und nur 25% Notstandshilfe, von jenen, die die Ausgaben nicht decken können, bezieht die Hälfte bereits Notstandshilfe.

4 Weitere Auswirkungen der Arbeitslosigkeit

4.1 Auswirkungen auf Haushaltsmitglieder und Kinder

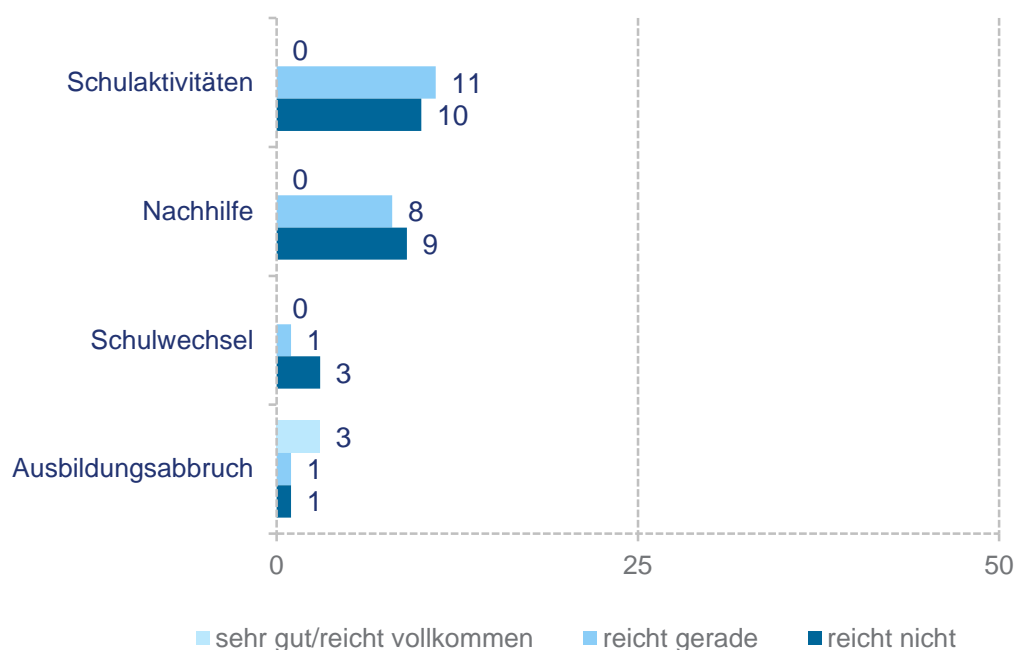
Zu einer Arbeitsaufnahme oder Erhöhung des Arbeitsumfanges durch ein anderes Haushaltsmitglied während der Arbeitslosigkeit kam es bei 12% der Befragten. Dabei handelte es sich bei 6% der Befragten um eine Erhöhung des Arbeitsumfanges, bei 5% um die Aufnahme von Arbeit. Besonders häufig von der Arbeitsaufnahme/Erhöhung des Arbeitsumfanges durch andere Haushaltsmitglieder berichten Personen mit drei oder mehr Kindern. Jede/r zehnte befragte ArbeiterIn berichtet von einer Arbeitsaufnahme durch ein anderes Haushaltsmitglied.

Von jenen Befragten, die mit Kindern im Haushalt leben (46% der Befragten), geben 9% an, dass ein oder mehrere Kinder aus finanziellen Gründen nicht an Schulaktivitäten teilnehmen konnten. 7% der Befragten mit Kindern im Haushalt konnten keine schulische Nachhilfe finanzieren. Von einem Schulwechsel berichten hingegen nur 2%, von einem Ausbildungsabbruch 1% der Befragten mit Kindern.

Besonders häufig von Auswirkungen auf Kinder im Haushalt berichten erwartungsgemäß Befragte, die angeben, dass das Einkommen während der Arbeitslosigkeit nicht oder nur knapp gereicht hat (s. Abbildung 15).

Befragte mit mehreren Kindern berichten etwas häufiger von Auswirkungen auf die Kinder als Befragte mit nur einem Kind. Besonders häufig berichten Befragte mit Kindern zwischen zehn und 18 Jahren von den genannten Auswirkungen, was sicher auch damit zusammenhängt, dass die abgefragten Auswirkungen insbesondere für diese Altersgruppe relevant sind.

Abbildung 15 Auswirkungen auf Kinder im Haushalt nach Auskommen mit dem Einkommen während der Arbeitslosigkeit – Befragte mit Kindern im Haushalt

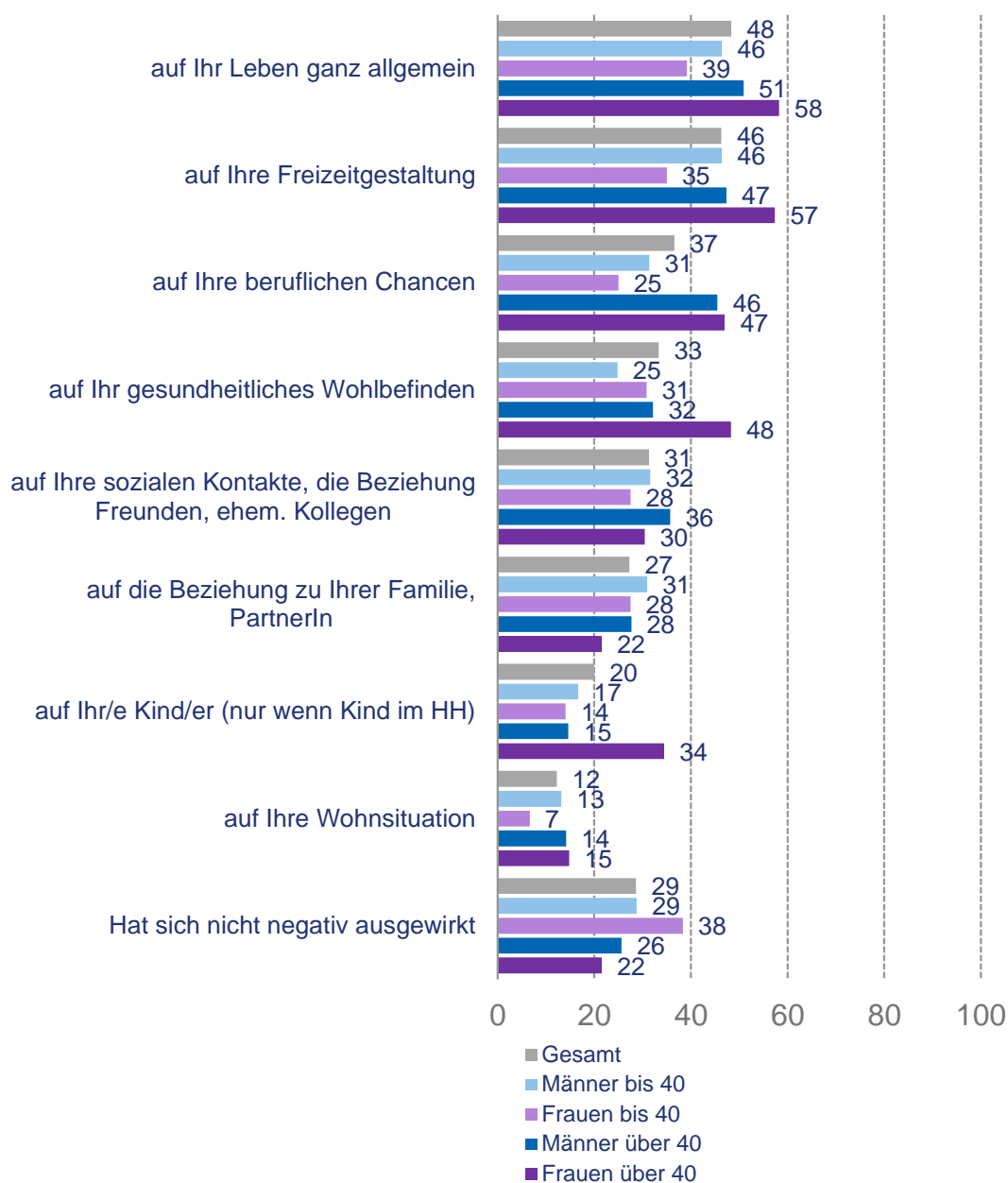


Anm.: n=232; Angaben in Prozent; Mehrfachnennungen möglich

4.2 Auswirkungen auf Lebensbereiche

Gerade auf persönlicher Ebene hat Arbeitslosigkeit oft gravierende Konsequenzen, die über die rein materiellen Einschränkungen weit hinausgehen. Darunter fallen z.B. Auswirkungen auf private Bereiche wie die Freizeitgestaltung, die sozialen Kontakte oder die Beziehung zur Familie, aber auch negative Effekte auf die beruflichen Chancen oder die gesundheitliche Situation werden von Arbeitslosen immer wieder angeführt. Insgesamt berichten sieben von zehn Befragten von negativen Auswirkungen der Arbeitslosigkeit in zumindest einem der acht abgefragten Bereiche. Jede/r Dritte gibt an, in vier oder mehr Bereichen negative Auswirkungen zu spüren bzw. gespürt zu haben. Besonders häufig von mehreren negativen Auswirkungen berichten ältere Befragte (40% der über 46jährigen), niedrigqualifizierte Personen (41%) und Personen, die angeben während der Arbeitslosigkeit nicht mit dem Einkommen auszukommen bzw. ausgekommen zu sein (44%). Personen, die mit PartnerIn im Haushalt leben, berichten seltener von mehrfachen negativen Auswirkungen als Personen ohne PartnerIn im Haushalt.

Abbildung 16 Auswirkungen auf Lebensbereiche nach Alter und Geschlecht



Anm.: n=500; Angaben in Prozent

Es sind vor allem ältere Frauen über 40, die ihrer Arbeitslosigkeit deutlich negativere Auswirkungen zuschreiben, und zwar sowohl wenn es um ganz allgemein negative Auswirkungen auf das Leben als auch um konkrete negative Folgen für die Freizeitgestaltung, die Gesundheit und die beruflichen Chancen geht. Während unter jüngeren Männern und Frauen mit Kindern nur 17% bzw. 14% sagen, ihre Arbeitslosigkeit habe negative Auswirkungen auf

die Kinder gehabt, sagen es 34% der Frauen über 40. In Bezug auf das Alter scheint es, als ob jüngere Arbeitslose die Negativfolgen ihrer Arbeitslosigkeit noch besser ausgleichen können: nur 31% der jungen Männer und ein Viertel der jungen Frauen glauben, dass ihre Arbeitslosigkeit negative Folgen für ihre beruflichen Chancen habe, unter den über 40jährigen sind es jeweils fast die Hälfte

Auswirkungen auf das Leben allgemein spüren vor allem Singles (60%) sowie ältere Befragte (56% der über 46jährigen). Bei der Freizeitgestaltung sind es vor allem ältere Befragte (55% der über 46jährigen).

Auswirkungen auf die beruflichen Chancen spüren Ältere (48% der über 46jährigen), Singles (47%) und AlleinerzieherInnen (48%). Menschen ohne Migrationshintergrund (41%) fühlen sich stärker betroffen als Menschen mit Migrationshintergrund (30%).

Von Auswirkungen auf das gesundheitliche Wohlbefinden berichten Frauen (39%) öfter als Männer (28%), ältere Befragte (41% der über 46jährigen), Singles (40%) sowie Personen mit niedrigeren formalen Bildungsabschlüssen.

Auf soziale Kontakte hat sich die Arbeitslosigkeit vor allem bei Singles (40%) ausgewirkt.

Die Belastung der Beziehung zur Familie/PartnerIn hat bei jüngeren Befragten öfter gelitten (34% der unter 30jährigen geben dies an). Personen mit niedrigen formalen Bildungsabschlüssen berichten häufiger von negativen Auswirkungen als Personen mit höheren Bildungsabschlüssen – unter Personen mit Pflichtschule als höchstem Abschluss sind dies 36%.

Belastungen in Bezug auf die Wohnsituation haben vor allem AlleinerzieherInnen empfunden (30%) sowie Personen mit niedrigeren formalen Bildungsabschlüssen.

Von negativen Auswirkungen auf ihre Kind/er berichten insgesamt 11% der Befragten. Zieht man nur Personen heran, die mit Kind/ern im Haushalt leben, sind 20% betroffen.

Leitende Angestellte berichten insgesamt weniger häufig von negativen Auswirkungen (22% von vier oder mehr), allerdings überdurchschnittlich häufig von negativen Auswirkungen auf soziale Kontakte (37%).

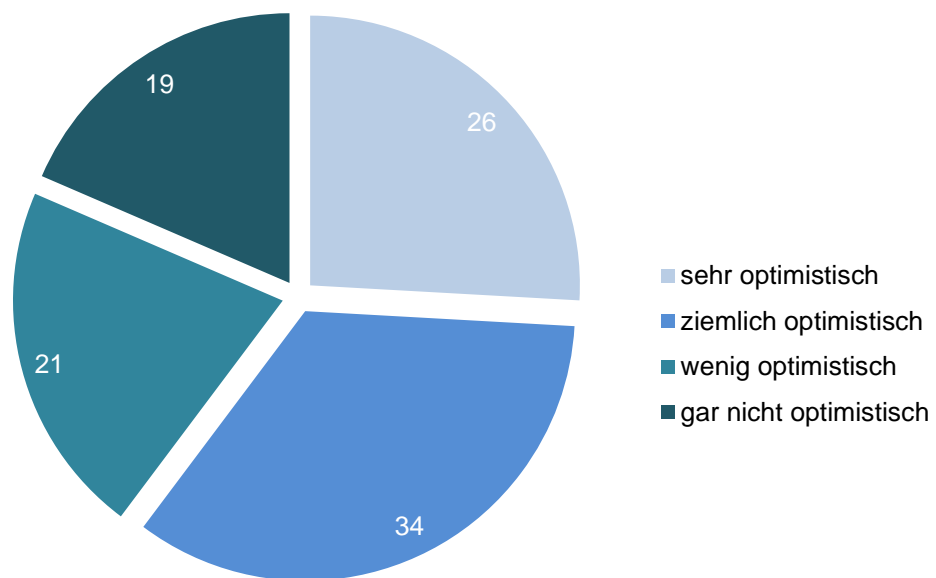
Etwa die Hälfte der Befragten gibt an, dass die Arbeitslosigkeit abgesehen von den finanziellen Aspekten unter den gegebenen Bedingungen seelisch/emotional/psychisch einigermaßen zu bewältigen ist bzw. war. Für jede/n fünfte/n ist die Situation eher schlecht, für jede/n zehnte/n gar nicht bzw. nur mit Folgen zu schaffen.

Als besonders schwierig wird die Lage von älteren, niedrigqualifizierten und Befragten mit drei oder mehr Kindern empfunden. Während die Hälfte der befragten ArbeiterInnen angibt, dass die Situation für sie schlecht, gar nicht oder nur mit Folgen zu bewältigen ist, ist dies unter den Angestellten nur ein knappes Viertel.

4.3 Ausblick in die Zukunft

Die Studienergebnisse belegen, dass Arbeitslosigkeit die Betroffenen vor unterschiedliche und gerade in Bezug auf die finanzielle Situation oftmals große Herausforderungen stellt. Arbeitslosigkeit ist stets mit erheblichen finanziellen Einbußen verbunden, vor allem für Personen und Schichten, die aufgrund eines oftmals niedrigeren Einkommens kaum bis gar keine Ersparnisse zurücklegen konnten. Während gerade ökonomische Studien die individuellen Folgen von Arbeitslosigkeit oftmals ausblenden und sich primär den ökonomischen Ursachen, gesamtfiskalischen Kosten und makroökonomischen Folgen widmen, verdeutlicht die diesem Bericht zugrundeliegende Studie die individuellen Folgen für die Betroffenen selbst unter dem Hauptgesichtspunkt der finanziellen Situation. Die Befunde zur materiellen Situation können auch hinsichtlich der weiteren Auswirkungen auf Bereiche wie das gesundheitliche Wohlbefinden oder die Einschätzung der eigenen Zukunft interpretiert werden.

Arbeitslosigkeit ist ein kritisches Lebensereignis, das von den Betroffenen oftmals schwer vorhersehbar ist, weshalb sich der Haushalt darauf auch nur schwer einstellen kann. 45% der Befragten sagen, sie haben nicht mit der Arbeitslosigkeit gerechnet und deshalb auch keine Sparmaßnahmen vorab einleiten können. Finanzielle Schwierigkeiten erschweren die positive Bewältigung von Arbeitslosigkeit und können mitunter zu psychischen Problemen und depressiven Symptomen führen (Smári et al. 1997). Den Befragten wurde deshalb am Ende der Befragung auch die Frage gestellt, ob sie optimistisch oder pessimistisch in Bezug auf ihre finanzielle Situation an die nächsten sechs Monate denken. Rund ein Viertel blickt dabei sehr, 34% ziemlich optimistisch in das nächste halbe Jahr. In Summe 40% gehen aber von keiner wesentlichen Verbesserung ihrer Situation aus und geben an, wenig bis gar nicht optimistisch zu sein was ihre finanzielle Lage angeht. Unter armutsgefährdeten Personen sind sogar 45% pessimistisch, unter Langzeitarbeitslosen ist es mehr als die Hälfte (55%).

Abbildung 17 Einschätzung der finanziellen Situation in sechs Monaten

Literaturverzeichnis

- Baumann, M. (2010): Selbst- und Fremdbilder von Arbeitslosigkeit. Frankfurt/Main: Peter Lang
- Beck, U. (1986): Risikogesellschaft. Frankfurt: Suhrkamp Verlag
- Bolkovac, M. (2007): Sozialpolitik im internationalen Vergleich; <http://www.voegb.at/bildungsangebote/skripten/sr/SR-02.pdf>
- Brinkmann, Christian (1984): Die individuellen Folgen langfristiger Arbeitslosigkeit. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung; Heft 4; S. 454-473.
- Brülle, J. (2013): Unterschiede in den Arbeitsmarktchancen von atypisch Beschäftigten: Effekte von Beschäftigungsformen oder Erwerbspräferenzen? In: Zeitschrift für Soziologie, 42. Jg., H. 2, S. 157-179.
- Büchtemann, Christoph F.: Die Betroffenheit von Arbeitslosigkeit als soziale Erfahrung. In: Politische Bildung, Jg. 2/1979, S. 38-74
- Esping-Andersen, G. (1990): The Three Worlds of Welfare Capitalism. Polity Press. Cambridge.
- Furaker, B. und Blomsterberg, M. (2003): Attitudes towards the unemployed. An analysis of Swedish survey data, in: *International Journal of Social Welfare* (12), 3, 193-203
- Hollederer, A. (2011): Erwerbslosigkeit, Gesundheit und Präventionspotenziale. Ergebnisse des Mikrozensus 2005. Berlin: Springer Verlag
- Jahoda, Marie (1983). Wieviel Arbeit braucht der Mensch? Weinheim/Basel.
- Jahoda, Marie / Lazarsfeld, Paul F. / Zeisel, Hans (1975): Die Arbeitslosen von Marienthal. Ein soziographischer Versuch über die Wirkungen langandauernder Arbeitslosigkeit. Mit einem Anhang zur Geschichte der Soziographie; Frank/Main.
- Keller, B. und Seifert, H. (Hrsg.) (2007): Atypische Beschäftigung. Flexibilisierung und soziale Risiken, Berlin 2007.
- Klein, G. / Strasser, H. (Hrsg.). (1997). Schwer vermittelbar. Zur Theorie und Empirie der Langzeitarbeitslosigkeit. Opladen.
- Kritzinger, S. und Ludvig, A. (2009): Effekte der Arbeitslosigkeit. Projektbericht. [online unter: http://www.sozialministerium.at/cms/site/attachments/0/0/9/CH2247/CMS1318326022365/effekte_der_arbeitslosigkeit-endbericht.pdf]
- Schulze Buschoff, K.; Protsch, P. (2007) : Die soziale Sicherung von (a-)typisch Beschäftigten im europäischen Vergleich, Discussion paper // Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB),

Forschungsschwerpunkt: Arbeit, Sozialstruktur und Sozialstaat, Abteilung: Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigung, No. SP I 2007-105

Seifert, H.: (2006): Was hat die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes gebracht?, in: WSI-Mitteilungen, (2006) 11, S. 601 - 608.

Sesselmeier, W.; Somaggio, G. (2009): Funktionswandel der Arbeitsmarktpolitik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 27, S. 10

Smári, J, Arason, E., Hafsteinsson, H. & Ingimarsson, S. (1997). Unemployment, coping and psychological distress. *Scandinavian Journal of Psychology*, 38, 151–156.

Townsend, P. (1979). *Poverty in the United Kingdom*, Allen Lane, Harmondsworth.

Zempel, Jeannette / Bacher, Johann / Moser, Klaus (Hrsg.) (2001): *Erwerbslosigkeit: Ursachen, Auswirkungen und Interventionen*. (Psychologie sozialer Ungleichheit, 12), Opladen.

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1 Struktur der Stichprobe	12
Tabelle 2: Berufsstatus	13
Tabelle 3: Formen atypischer Beschäftigung (in den letzten 5 Jahren)	15
Tabelle 4: Häufigkeit Arbeitslosigkeit in den letzten fünf Jahren	16
Tabelle 5 Typologie Arbeitslosigkeit nach Häufigkeit und Dauer	17
Tabelle 6: Derzeitige Tätigkeiten während der Arbeitslosigkeit	22
Tabelle 7 Einkommensverlust durch Arbeitslosigkeit	26
Tabelle 8: Auskommen mit dem Einkommen während Arbeitslosigkeit	28
Tabelle 9: Offizielle Einkommensquellen	29
Tabelle 10: Unterstützungen/Sozialleistungen	32
Tabelle 11 Private Einkommensquellen	33
Tabelle 12 Zahlungsverzug (jeweils Betroffene, die Zahlungen tätigen mussten)	42

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1 Beschäftigungsformen in den letzten 5 Jahren	14
Abbildung 2 Beendigung des Dienstverhältnisses	19
Abbildung 3 Dauer der derzeitigen bzw. letzten Arbeitslosigkeit	20
Abbildung 4 Armutsgefährdungsquote bei Erwerbslosen (<i>Quelle: EU-SILC</i>)	24
Abbildung 5 Auskommen mit dem Einkommen vor und während Arbeitslosigkeit	27
Abbildung 6 Offizielle Einkommensquellen nach Dauer der Arbeitslosigkeit	30
Abbildung 7 Dimensionen der Einkommensquellen	35
Abbildung 8 Einkommensquellen (Häufigkeit) nach Merkmalen	36
Abbildung 9 Einschätzung der finanziellen Einbußen in der Arbeitslosigkeit	40
Abbildung 10 Zahlungsverzug	41
Abbildung 11 Ausgabenreduktion	42
Abbildung 12 Weitere Bewältigungsstrategien	44
Abbildung 13 Ausgewählte Bewältigungsstrategien derzeit Arbeitslose nach Armutsgefährdung	47
Abbildung 14 Ausgewählte Sparmaßnahmen derzeit Arbeitslose nach Armutsgefährdung	48
Abbildung 15 Auswirkungen auf Kinder im Haushalt nach Auskommen mit dem Einkommen während der Arbeitslosigkeit – Befragte mit Kindern im Haushalt	50
Abbildung 16 Auswirkungen auf Lebensbereiche nach Alter und Geschlecht	51
Abbildung 17 Einschätzung der finanziellen Situation in sechs Monaten	54